ist der Kommunistischen Arbeiter-Partei auf Grund vollster Gleichberechtigung der sie umfassenden Teile (KAP. und KAJ.) festgelegt, so erfordert die Zentralisation des Kampfes auch gleiche Verpflichtung: einheitliche Durchführung der Beschlüsse. Diese Gemeinsamkeit von KAP. und KAJ. hört da auf, wo für die KAJ. die speziellen Jugendaufgaben, um derentwillen sie ja überhaupt da ist, anfangen. Die organisatorische Selbständigkeit der Jugend, soweit sie nicht abhängig ist von den Grundsätzen der Kommunistischen Arbeiter-Partei, ist notwendig zum Zwecke der Heranbildung der künftigen Organisatoren, die nur durch selbständige organisatorische Arbeit erreicht wird." Unklarheit in den Reihen der KAJ. macht notwendig, diese — bereits festgelegte — Form noch einmal zu behandeln und zu bestätigen. Nun besteht hierbei die Gefahr, daß diese bisherige — selbstverständliche — Form des Verhältnisses zwischen KAJ. und KAP. zerschlagen wird zugunsten der — proletarischen Kampfnotwendigkeiten hohnsprechende — Theorie „Selbständigkeit, Freizügigkeit der Jugend". Wird diese Annahme zur Tatsache, so steht die KAP. vor einer neuen Situation, denn die alte KAJ. besteht dann nicht mehr, und vor uns haben wir eine neue — wenn auch in alter Form bestehende — Jugendorganisation. Zu dieser haben wir Stellung zu nehmen. Doch schon heute sei gesagt: Die KAP. denkt nicht daran, ihre bisherigen Grundsätze in der Jugendfrage — welche sich in der oben erläuterten Form des Verhältnisses zwischen Jugend und Partei auswirken — zu ändern oder aufzugeben. Und so werden wir mit dieser KAJ. brechen und ihre klassenbewußten Elemente (formell) organisatorisch als Mitglieder der Partei erfassen müssen, um sie im Rahmen der Organisation — wie in der Union — lose zusammenzufassen, damit sie ihrer natürlichen Aufgabe, Jugendarbeit zu leisten, gerecht werden und trotzdem der Arbeit für die Gesamtbewegung dienen können.

Abgesehen von der rein formellen Entscheidung für die Allgemeine Arbeiter-Union gegen die Einheitler und der Bestätigung der Form des Verhältnisses zu ihr als politische Organisation der Jugend, wird die Konferenz weitere Grundlagen für die Jugendtätigkeit der Union zu geben haben, wenn auch das Notwendigste für den Augenblick getan worden ist auf dem Kongreß der AAU. Es liegt im Wesen der KAJ. begründet, in diesen Dingen die Initiative zu ergreifen.

Die zweitwichtigste Frage ist die des Aufbaus der Organisation. Verhältnismäßig schnell hat unsere Partei dieses Problem bewältigt, gemessen an den Debatten in der AAU., welche heute noch nicht abgeschlossen sind. Auch die KAJ. ist von dieser „Kinderkrankheit" nicht verschont geblieben, doch ist zu hoffen, daß die sonst vielgerühmte „Jugendlichkeit" dem „Problem" bereits auf der 2. Reichskonferenz eine eindeutige Lösung bereitet. Kann eigentlich einem Kommunisten der Organisationsaufbau nach dem Räteprinzip Schwierigkeiten bereiten? Nein. Aber in einer Organisation, die als eine der ersten, aller Tradition und Gewohnheit zum Trotz, dem Rätegedanken bereits heute Ausdrucksformen verleihen will, sind Entgleisungen nach der förderalistischen Seite hin nicht zu vermeiden. Doch auch Entgleisungen müssen Grenzen gewiesen sein, will man nicht, daß eines Tages die Organisationsmaschine im Morast des Föderalismus stecken bleibt und im praktischen Kampfe versagt! Hier droht Gefahr, die nicht beschränkt bleibt auf die Jugendorganisation, sondern schwere Auswirkungen in kommenden Aktionen zeitigen wird! Darum gilt es in dieser Frage für die KAP., aktiv jenen Teil der Jugend zu unterstützen, welcher, angesichts der aufgezeigten Gefahren, jeder noch so geringfügigen föderalistischen Tendenz die Spitze zu brechen, die Wurzel auszureißen sucht.

Nach Klärung dieser Hauptfragen die Grundsätze der KAJ. in Form eines Programms zusammenzustellen, ist die abschließende Arbeit der Konferenz, wenn auch die endgültige Formulierung ihr nicht vorbehalten sein wird.

Die Kommunistische Arbeiter-Jugend ist, wie die KAP., noch klein. Sie kann nur wachsen mit dem revolutionären Willen der Proletarier. Sie ist der Vortrupp des Jungproletariats, auf einen Posten gestellt, dessen Halten Energie und Ausdauer, vor allem aber Disziplin erfordert. Mögen unsere Jugendgenossen im Kampf mit den rückständigen Mächten in der KAJ. Sieger bleiben! Siegen sie, so ist das allein ihrer Entschlossenheit und Opferbereitschaft zu verdanken, unterliegen sie, so ist ein großer Teil unserer Genossen daran mitschuldig, weil sie der „Jugendfrage" nicht die notwendige Bedeutung zugewiesen haben!

Ausland

Italien

Blutige Kämpfe in Rom.

Rom, 14. November.

Gestern ist es an verschiedenen Stellen der Stadt zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Fascisten gekommen. Bisher wurden 5 Tote und etwa 120 Schwerverletzte gezählt. Einer der verwundeten Arbeiter ist bald nach seiner Ueberführung ins Spital gestorben. Bei den Zusammenstößen griffen meist Militär und Königliche Garden ein, um die Kämpfenden voneinander zu trennen. Die Polizei verhaftete 50 Personen wegen der Teilnahme an den Unruhen. — Die angekündigte feierliche Bestattung des Eisenbahners, dessen Ermordung durch die Fascisten den Anlaß zu dem Generalstreik gegeben hatte, wurde durch die Regierung verboten, da neue Unruhen befürchtet wurden. Die Eisenbahnerorganisationen beschlossen, solange im Ausstand zu verharren, bis dieses Verbot aufgehoben und die Fascisten aus Rom abgeschoben würden. Um den Fascisten die Abreise aus Rom möglich zu machen, wurden auf Beschluß der Eisenbahnerorganisationen mehrere Zugsgarnituren zusammengestellt. Der fascistische Führer Mussolini hat mit einem dieser Züge die Stadt verlassen.

Oesterreich

Bei dem Wettrennen ins gelobte Land, das durch den Wiederaufbau winkt, ist es nicht ganz ohne, wenn irgend jemand als Bahnbrecher vorangeht. Im vorliegenden Falle ist Oesterreich an erster Stelle. Meldungen vom 10. November besagen:

1200 jetzige Lohnkronen — eine Friedenskrone.

In Wien zahlte man gestern für einen Schweizer Franken 1140 (1094,75), für eine tschechische Krone 65,25 (62), für einen Dollar 6125 (5848), für eine Mark 22,50 (19,50) österreichische Kronen.

Der Preiswucher geht weiter.

Die gestrigen Marktberichte melden ein Ansteigen der Preise für Schweinefleisch. Fettschweine sind um 80 bis 120 Kr. und Fleischschweine um 80 bis 100 Kr. teurer geworden. Ein Kilo Lebendgewicht stellt sich demnach schon auf 800 bis 860 Kr. für Fettschweine und auf 580 bis 680 Kr. bei Fleischschweinen. Die Preise für Schweinefleisch sind in den letzten Tagen auch im Detailverkauf erhöht worden. Es kostet jetzt 620 bis 740 Kr. per Kilo. Ein Kilo Schweinefleisch wird, wenn es so weiter geht, sehr bald mehr als 1000 Kr. kosten.

Auch das Hinauftreiben der anderen Lebensmittelpreise geht ungestört weiter. Zwiebeln kosten auf den Märkten bereits 175 Kronen, in den Geschäften noch viel mehr.

Eine Zitrone kostet 28 Kr.

Ein Ei 70 Kr.

Die staatliche Hinauftreibung der indirekten Steuern ist inzwischen auch nicht untätig. In dieser Woche haben die Frauen zum ersten Male 384 Kronen für ein Kilo Plusmehl zu zahlen. An Tarifen sollen ab 1. Dezember folgende Erhöhungen eintreten:

Auslandsbriefe von 10 auf 25 Kr.

Postpakete auf das Doppelte.

Die Telegrammgebühren erhöhen sich für ein Wort von 4 Kr. auf 10 Kr.

Die Mindestgebühr erhöht sich auf 100 Kr.

Die Telephongebühren werden verdreifacht.

Erhöhung der Tabakpreise.

Es werden kosten:

Virginier	statt 12.— Kr.	jetzt 48 Kr.
Kuba-Portorico	„ 10.— „	„ 40 „
Kurze	„ 4,50 „	„ 18 „
Zigarillos	„ 3,— „	„ 10 „
Sport	„ 1,20 „	„ 5 „
Feinster Türkischer	„ 120,— „	„ 400 „
Feiner Herzegowiner	„ 36,— „	„ 120 „
Austria	„ 25,— „	„ 80 „
Ungarische	„ 0,60 „	„ 3 „

Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Oesterreich die „Einheitsfront" praktisch hergestellt ist. Die KPOe. spielt fast gar keine Rolle. Aber es ist dies, wie in Deutschland, die „Einheitsfront der gewerkschaftlichen Disziplin", die die Arbeiterschaft, wenn sie nicht bald erwacht und diese Fesseln sprengt, einig und geschlossen auf den Friedhof bringen wird.

Indien

Die weiße Justiz in Indien.

London, 7. November. (Rosta Wien.) Das Gericht hat wegen Teilnahme am Aufstand in Malabar (Indien) 13 Eingeborene zum Tode und 22 zu lebenslänglicher Deportierung verurteilt. Außerdem wurden wegen Beteiligung an der Erhebung in Maligaon schon vorher 5 Personen zum Tode verurteilt.

Lenin über den neuen Kurs der Wirtschaftspolitik

(Wir bitten unsere Genossen, die Rede Lenins aufmerksam zu lesen, dann werden sie selbst finden, daß ein Kommentar dazu überflüssig ist. Die Red.)

Wir können nicht darauf rechnen, unmittelbar zum Kommunismus übergehen zu können. Wir müssen unsere aufbauende Tätigkeit darauf gründen, daß wir das persönliche Interesse der Bauern wachrufen. Man sagt uns: Das Wachrufen des persönlichen Interesses der Bauern bedeutet die Wiederherstellung des Privateigentums. Wir haben das persönliche Eigentum, was Gebrauchsgegenstände und Arbeitsgerätschaften betrifft, den Bauern gegenüber nie aufgehoben. Wir haben das Privateigentum an Land aufgehoben und die Bauern wirtschafteten, ohne das Land persönlich zu besitzen, zum Beispiel auf gepachtetem Lande. Dieses System existierte in sehr vielen Ländern. Das ist nichts wirtschaftlich Unmögliches. Die Schwierigkeit besteht darin, die Menschen persönlich an der Arbeit zu interessieren. Wir müssen auch das Interesse der Spezialisten wachrufen, damit sie an der Entwicklung der Produktion ein persönliches Interesse haben. Haben wir verstanden dies durchzuführen? Nein. Wir dachten, daß die Produktion und die Verteilung in einem Lande mit deklassiertem Proletariat nur auf kommunistischer Grundlage möglich sein wird. Hier müssen wir eine Aenderung schaffen, da es uns anders nicht möglich sein wird, das Proletariat mit der Uebergangszeit vertraut zu machen. Eine solche Aufgabe ist in der Geschichte noch nie gestellt worden. Wir haben versucht, diese Aufgabe direkt zu lösen, sozusagen in einem Frontalangriff. Wir haben aber einen Mißerfolg zu verzeichnen gehabt. Solche Fehler kommen in jedem Kriege vor und man betrachtet sie auch gar nicht als Fehler. Wenn der Frontalangriff nicht gelungen ist, wollen wir zur Umgehung greifen und sozusagen einen Belagerungs- und Schützengrabenkrieg führen.

Wir sagen, daß wir jeden wichtigeren Zweig unseres Wirtschaftslebens auf dem Prinzip des persönlichen Interesses aufbauen wollen. Die Beratungen sollen gemeinsam sein, die Verantwortlichkeit soll aber von einzelnen Personen getragen werden. Darunter, daß wir nicht verstanden haben, dies von Anfang an zu verwirklichen, haben wir jetzt bei jedem Schritte zu leiden. Die ganze neue Wirtschaftspolitik erfordert, daß diese Leitung mit absoluter Genauigkeit und Schärfe durchgeführt werde. Als das Volk zu neuen Bedingungen des Wirtschaftslebens überging, fing es an abzuwägen, was dabei herauskommen wird und wie man das Wirtschaftsleben neu aufzubauen habe. Man konnte nichts anfangen, ohne daß die Angelegenheiten von der Gesamtheit beraten und erwägt worden wären. Dem Volke war es Hunderte von Jahren hindurch verboten gewesen, irgend etwas zu beraten. Die Revolution konnte keinen anderen Entwicklungsgang nehmen, als durch eine Periode allgemeiner, universeller Beratungen und Versammlungen über alle Fragen.

Hieraus ergab sich ein gewisser Wirrwarr. Das war unvermeidlich. Es muß aber hervorgehoben werden, daß dies nicht gefährlich ist. Wenn man zur Zeit lernt, einen Unterschied zu machen zwischen dem, was in Versammlungen gehört und dem, was Sache der Verwaltung ist, erst dann wird die nötige Höhe der Lage erreicht sein. Leider haben wir das noch nicht gelernt, und die Mehrzahl unserer Kongresse haben noch lange nicht den ihnen zukommenden Charakter. Die Menge unserer Kongresse übertrifft die aller übrigen Länder. Keine einzige der demokratischen Republiken veranstaltet so viele Kongresse wie wir. Sie könnten dies auch gar nicht zulassen. Wir müssen uns daran erinnern, daß wir ein Land sind, das viel verloren und stark verarmt ist. Und wir müssen unser Land lehren, keine Verwechslungen zu machen zwischen dem, was, wie ich schon gesagt habe, in die Versammlungen gehört, und dem, was Sache der Verwaltung ist. Veranstaltet Versammlungen, aber leitet und verwaltet ohne die geringsten Schwankungen, und noch energischer als die Kapitalisten, sonst ist nicht daran zu denken, daß wir die Kapitalisten besiegen. Man muß immer daran denken, daß die Leitung noch viel fester, noch viel strenger sein muß als früher.

In der Roten Armee war die Disziplin nach einer monatelangen Zeit von Versammlungen und Beratungen eine solche, daß sie der Disziplin der alten Armee in nichts nachstand. Hier wurden sehr strenge Maßnahmen angewandt, die bis zum Erschießen gingen, Maßnahmen, die selbst die alte Regierung nicht gekannt hat. Die Bourgeois erhoben ein großes Geschrei, daß die Bolschewiki das Erschießen eingeführt haben. Wir müssen sagen: „Ja, wir haben das getan, und zwar mit vollem Bewußtsein."

Wir müssen sagen: entweder müssen jene umkommen, die uns verderben wollten und von denen wir der Meinung sind, daß sie umkommen müssen, damit unsere Sowjetrepublik leben kann, oder umgekehrt: die Kapitalisten werden am Leben bleiben und die Republik wird umkommen. In einem verarmten Lande werden entweder jene umkommen, die sich nicht anzupassen verstehen, oder aber die ganze Republik der Arbeiter und Bauern. Eine Wahl gibt es hier nicht und kann es auch nicht geben, ebensowenig wie es hier Sentimentalität geben kann. Sentimentalität ist kein kleineres Verbrechen, als eine Drückebergerei während des Krieges. Wer die Disziplin nicht aufrecht erhält, der läßt den Feind in unsere Mitte herein. Und aus diesem Grunde sage ich, daß die neue Wirtschaftspolitik auch auf dem Gebiete der Belehrung von Bedeutung ist. Hier wird davon gesprochen, wie man belehren muß. Wir müssen zu dem Schlusse gelangen, zu sagen, daß für jene, die nicht lernen wollen, bei uns kein Platz ist. Wenn das kommunistische Regime zur Herrschaft gelangt sein wird, wird die Belehrung mildere Formen annehmen, jetzt aber muß ich sagen, daß die Belehrung streng sein muß.

Es gab bei uns Deserteure aus der Armee und Deserteure von der Arbeitsfront. Früher hat man für die Kapitalisten, für die Ausbeuter gearbeitet, und es ist verständlich, daß man schlecht arbeitete. Aber jetzt arbeiten wir für uns selbst, für die Macht der Arbeiter und Bauern. Wir müssen daran denken, daß jetzt die Frage zur Entscheidung gelangt, ob wir es verstehen werden für uns selbst zu arbeiten, da andernfalls — ich wiederhole es — unsere Republik umkommt. Und wir sagen, wie wir es auch in der Armee gesagt haben: „Lieber sollen alle jene umkommen, die uns vernichten wollen. Wir wollen die allerstrengsten Disziplinarmaßregeln anwenden, damit wir unser Land retten und damit unsere Republik lebt. Dies muß unsere Richtlinie sein und, unter anderem, ist die neue Wirtschaftspolitik auch aus diesem Grunde notwendig.

Genossen!

Sammelt für den Pressefonds.

Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 28.

Mitteilungen

Quittung

Die Unterstützungskommission erhielt von KAP.-Genossen in Marseille 2000 M.

Essen.

Am Sonnabend, den 19. November 1921, abends 7 Uhr veranstalten die KAJ. und AAU. im Saale Kirchhof (Vereinshaus Plankstr.) einige Proletarische Feierstunden. Dieser Abend gestaltet sich aus Konzert, Rezitation, gemeinsamem Gesang. Eintritt 3,50 M. Die Einnahmen dienen zur Unterstützung der Revolutionskämpfer, welche hinter Kerkermauern schmachten und werden der vereinigten Revol. Unterstützungs-Kommission überwiesen. Eintrittskarten sind zu haben an der Abendkasse, bei den Mitgliedern der veranstaltenden Organisationen und auf dem Bureau, Klopstockstr. 14. Proletarier, Genossen, erscheint in Massen, zeigt, daß ihr die Opfer der weißen Justiz nicht vergessen habt!

Komm. Arb. Partei. Komm. Arb. Jugend.
Allg. Arb. Union, Ortsgruppe Essen.

Karl Plättner,

der nicht Mitglied unserer Partei ist, läßt unter den Mitgliedschaften zur Gratisverteilung eine Broschüre „Der organisierte rote Schrecken" verbreiten. Diese Broschüre enthält Schmähungen gegen die Gesamtorganisation der KAPD. Wir fordern alle Genossen und KAP.-Organisationen auf, die Verbreitung der Broschüre abzulehnen.

Geschäftsführender Hauptausschuß der KAPD.

Groß-Berlin.

Der Kursus für Abteilung Osten findet am Freitag, den 18. November, abends ½ 8 Uhr pünktlich im Lokal von Bähr, Stralauer Allee 47, Ecke Warschauer Platz statt. Fahrverbindung: Hochbahn Stralauer Tor. Stadtbahn: Warschauer Brücke und Siemensbahn.

5. Bezirk. Laut Beschluß der Mitgliederversammlung vom Mittwoch, den 9. November, findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung am Sonntag, den 20. November, vorm. 10 Uhr im Lokal Schwelbeinerstr. 10 statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. Mitglieder, die ohne Entschuldigung fehlen, stellen sich außerhalb unserer Reihen.

9. Bezirk. Am Mittwoch, den 23. November 1921, abends 7 Uhr findet eine Mitgliederversammlung im „Karlsgarten" (kleiner Saal) statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen notwendig.

Referenten! Sonnabend Gipsstraße!

Im Verlag der KAPD., Berlin NO 18, Landsberger Str. 6, Ecke Höchste Str., ist

Heft 9/10 der Zeitschrift

Proletarier

herausgegeben vom Organisationsbureau der Kommunistischen Arbeiter-Internationale, Berlin, zum Preise von 3.— M. zu haben.

Die Propaganda-Obleute der Bezirke werden um Abholung der für jeden Bezirk benötigten Anzahl ersucht.

Mitte November erscheint:

Der historische Materialismus

von Hermann Gorter.

Neue vermehrte Auflage unter besonderer Berücksichtigung der deutschen und russischen Revolution.

—— Preis 7,— M. ——

Herausgegeben vom Organisationsbureau der kommunistischen Arbeiter-Internationale. Bestellungen sind zu richten an den Verlag der KAPD., Berlin NO 18, Landsberger Str. 6, Ecke Höchste Str.

Verantwortlicher Redakteur: A. Stern, Berlin — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Kotter, Berlin, Alexandrinenstraße 119.

Nr. 248

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 50 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich: — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6
Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

Postscheckk. für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 49029; für auswärts: Berlin NW 7 Nr. 105009. — Versand unter Streifband: für Berlin 5,50, nach auswärts 6,—, nach dem Ausland 9,— monatlich

Die Ordnung in der demokratischen Republik

Spartakus niedergerungen! Das ist der Schrei aller Ordnungsbestien nach jedem Blutbad, nach jedem „Sieg". Die Ordnung herrscht in Berlin, in der demokratischen Republik, das ist der Siegesschrei aller Henkerknechte und derer, in dessen Dienst sie stehen. Die rote Flut ist aufgehalten.

Peitscht sie, schlagt sie, schießt, lyncht. Der größte Rohling ein Held. Ihr habt nichts zu befürchten, ihr gekauften Schergen, denn wozu hat die demokratische Republik ihre demokratische Justiz!?

Sieben Jahre wütet diese Ordnungsbestie. Und immer noch gibt es Rädelsführer, immer noch jene „unlauteren Elemente", trotz der einstimmigen Auffassung des demokratischen Parlaments, daß diese Republik geschützt werden muß, trotzdem es schon demokratische Kommunisten gibt. Warum ist nicht restlos Ordnung zu schaffen? Warum wird diese Ordnung immer wieder gestört? Man lese die Worte des sozialdemokratischen Reichswirtschaftsministers im demokratischen Reichstag: „Wir werden nach dieser Zeit der hinaufgeschraubten Konjunktur wieder die schwersten Geschäftsstockungen mit großer Arbeitslosigkeit haben. Was in unseren Kräften steht, müssen wir deshalb tun, um diese Zustände zu beseitigen, denn solche sprunghaften Konjunkturen schaden uns nur, sie nützen momentan vielleicht, haben aber für die Dauer gar keinen Wert."

Das ist des Pudels Kern; dieser Ordnung steht entgegen der Hunger, der Massenhunger. Diese Ordnung bedingt den Hungertod einer ganzen Klasse, der Arbeiterklasse. Diese Demokratie wird zum Grab der Arbeiterklasse, und wenn die Arbeiterklasse alles tut, dies wird sie nicht tun, sie wird und muß gegen diese Ordnung verstoßen.

Daher die Grausamkeit. Daher das „Durchgreifen". Daher der Wille, alles zu tun, um „diese Zustände zu beseitigen", die Ordnung aufrechtzuerhalten. Fieberhaft arbeitet das demokratische Parlament an den Zuchthausgesetzen. Die einmütige Auffassung aller Ordnungsparteien ist, daß die „Goldwerte" erfaßt werden müssen. Die proletarische Revolution wird in der demokratischen Verfassung „verankert". Das Proletariat soll durch Teilnahme an dieser Ordnung selbst zu seinem Totengräber werden.

Denn ein Teil des Proletariats wird noch gebraucht — vorderhand wenigstens. Ihn gilt es abzuspalten und zu einem Ordnungselement zu machen, ihn einzureihen in die Front der Ordnungsparteien.

Und die anderen? Das sind die zum Untergang Verurteilten. Auch ihnen wird kein Haar gekrümmt, sofern sie nicht gegen die Ordnung verstoßen, wenn sie in Ordnung verhungern wollen.

Doch scheinbar wollen sie es nicht. Die Erwerbslosen sind im Begriff, die heilige Scheu vor dem Privateigentum zu verlieren. Sie nehmen da, wo es in Haufen liegt, und essen. Proletarier in den Betrieben verstoßen gegen die heiligen Tarifverträge, verweigern ihre Arbeitskraft — trotz Gewerkschaften und Betriebsräte. Und selbst die Opfer der Ordnungsbestie wollen nicht in Ordnung verhungern, den sicheren Tod vor Augen, verstoßen sie noch durch freiwilligen Tod gegen die Ordnung.

Was ist da zu tun? Man lese die Worte der sozialistischen Ordnungsparteien laut „Freiheit":

„Abg. Ledebour (US.) befürwortet den Antrag. Durch die Zustimmung, den Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen, entscheide sich niemand zur Sache selber. Es handelt sich vielmehr darum, die Möglichkeit zu geben, die Sache zu erörtern."

Doch damit ist nichts getan, um die Ordnung wirklich aufrechtzuerhalten. So rückt die demokratische Ordnungstruppe bei den Verhungernden in Lichtenburg ein. Es gilt dort „Rädelsführer" unschädlich zu machen. Die verhungernden Arbeitslosen werden verhaftet. Neun Rädelsführer dieser „Plünderer" sind bereits unschädlich gemacht. Und die Ordnung ist wiederhergestellt. Oder? — — —

Nein, das ist es nicht, die Rädelsführer in Lichtenburg haben noch Kinder, Frauen. Auch die Erwerbslosen. Auch diese bäumen sich gegen die Ordnungsbestien auf. Und die Zahl all derer wird immer größer werden, furchtbar groß. Rüstet euch, ihr Ordnungsschergen.

Noch ist das Proletariat nicht ganz erwacht. Aber es wird einmal erwachen. Und dies Erwachen wird furchtbar sein. Dann wird das Proletariat Ordnung schaffen — seine Ordnung. Und ohne Sentimentalität wird es zu Gericht sitzen über alle, und nichts wird vergessen werden.

Die Ordnungsbestie in Lichtenburg

Abschrift.

Absender Scheibe, Nr. 6824, Station II.

Strafanstalt Lichtenburg, den 13. November 1921.
Kreis Torgau.

Werte Genossen!

Wir schmachten nun bereits 7 Monate hinter Kerkermauern und hofften bis zum heutigen Tage auf den Schiedsspruch des Rechtsausschusses, die Freiheit wieder zu erlangen; unsere Hoffnung war vergebens. Werte Genossen, wir fragen Euch, ob Ihr die täglichen Notrufe unserer Familien gehört habt? Wir hatten gehofft, daß man wenigstens unschuldige Frauen und Kinder dem Elend und Hunger nicht preisgeben würde, doch diese Hoffnung hat sich als eine trügerische erwiesen.

Nicht länger sind wir gewillt, dies Elend von tausenden Frauen und Kindern anzusehen. Darum greifen wir nun zu dem äußersten Mittel, welches uns zu Gebote steht, indem wir nun am Sonnabend, abends von 5 Uhr ab jegliche Lebensmittel von innen und außen verweigern und in den Hungerstreik getreten sind. Denn wir haben uns gesagt, wenn unsere Angehörigen zugrunde gehen, so mag uns das gleiche Schicksal beschieden sein. — Doch einen Schrei der Not richten wir an Euch, Genossen und Genossinnen, und an das gesamte internationale Proletariat der Welt, und wir haben die Hoffnung, daß man unseren Notschrei hören wird. Denn wir sind fest gewillt, durch diesen Schritt entweder die Freiheit wieder zu erlangen, oder mit unseren hungernden Frauen, Angehörigen elendiglich zugrunde zu gehen. — Läßt man zu, daß Hunderte von Männern, die für ihre Freiheit und Recht eingetreten sind, mit ihren leidenden Familienangehörigen zugrunde gehen, so mag die Welt erfahren, daß solches nur in einem freien Deutschland geschehen konnte.

Mit sozialistischem Gruß!

Die politischen Gefangenen der Strafanstalt Lichtenburg.

PS. Um Irrtümer zu vermeiden, bitten wir Euch, Genossen, diesen Notschrei in allen uns zu Gebote stehenden Pressen zu veröffentlichen. Wir führen keine Beschwerde gegen die Direktion der Strafanstalt, sondern wir verlangen einzig und allein unsere Freiheit oder den Hungertod. Wir befinden uns seit Sonnabend, abends 5 Uhr, den 12. November, im Hungerstreik. Augenblicklich befinden sich annähernd hundert Genossen im Hungerstreik. Gleiche Abschrift geht an alle Arbeiterparteien.

J. A.: gez. Paul Scheibe.

Vom Gen. Katz (KPD.), der auf Anfordern der Anstaltsdirektion sofort nach Lichtenburg eilte, wird über den Stand des Hungerstreiks gemeldet:

Als Gründe des Hungerstreiks habe ich festgestellt: einmal, daß die Gefangenen das entsetzliche Elend ihrer Frauen, Mütter und Kinder nicht mehr ertragen konnten, die ohne jede staatliche Unterstützung, dem nackten Hunger preisgegeben, in Not und Verzweiflung untergingen, und aus deren flehentlichen Briefen der ganze Jammer zugrunde gehender Familien aufschrie; zu anderen aber die Erbitterung darüber, daß endlos Woche um Woche verrann, ohne daß die Amnestie kam, daß die Kappisten unbehelligt blieben, sie dagegen hinter Zuchthausmauern auf nacktem Boden, in Lumpen, wie die Tiere verrecken.

Freiheit oder Tod!

Man verweigert Nahrung sowohl wie den Arzt. Stürzt einer hin, so betten ihn die noch stehenden Kameraden. Fiebert einer, so geben ihm die noch gesunderen Kühlung. Ist einer schon zu schwach, zum Eimer zu gehen, so tragen ihn die noch etwas kräftigeren Kameraden. Nie sah man ergreifendere proletarische Solidarität.

Die Gefallenen liegen auf Strohsäcken zu ebener Erde, viele schon dem Tode näher als dem Leben. Trotz ihrer Leiden, trotz ihrer Schwäche aber rufen auch sie jedem Besucher kampfesfelig, voll inneren Frohlockens ihren Ruf zu „Freiheit oder Tod!"

Die Gesichter der Gefangenen sind schon visionär, ihre Augen leuchten in fieberischem Glanz. Hier und da erhebt sich einer, feuert seine Kameraden an, aber mitten im Satze bricht er zusammen; ein kurzes Wort „Brüder, ich kann nicht mehr!" oder auch wieder „Freiheit oder Tod!", dann stilles Umsinken oder konvulsivisches Krampfzucken.

Ihr habt das Wort!

Große öffentl. Versammlungen

einberufen von

KAPD. AAU. KAJ.
Aktions-Ausschuß der Erwerbslosen

Montag, den 21. November, abends 7 Uhr:
Neukölln: Kliems Festsäle (Großer Saal), Hasenheide.

Dienstag, den 22. November, abends 7 Uhr:
Moabit: Moabiter Stadttheater, Alt-Moabit 47 (Krone).
Norden: Pharus-Säle, Müllerstraße.
Nord-Osten: Schulaula, Ober-Realschule, Pasteurstraße 44/46.
Osten: Andreas-Festsäle, Andreasstraße.
Schöneberg: Schulaula, Belziger Ecke Eisenacher Str.

Mittwoch, den 23. November, abends 7 Uhr:
Lichtenberg: Schulaula, Parkaue, Möllendorffstraße.

Arbeitende und Arbeitslose!

Wollt ihr verhungern?

Wollt ihr noch weiter im bürgerlichen Zuchthaus leben?
Wollt ihr euch noch länger durch die Gewerkschaften an das Kapital verkaufen lassen?

Kommt in die öffentlichen Versammlungen!

Der Schrei nach den Sachwerten

Der deutsche bürgerliche Staat befindet sich in einer argen Klemme. Der verlorene Weltkrieg hat ihn in eine Lage gedrängt, aus der es für ihn nach Lage der Dinge, um sein Existenz weiter fristen zu können, nur den Ausweg gibt, fortlaufend dem siegreichen Auslandskapital zu Willen zu sein. Das Auslandskapital zwingt ihn, auf Grund des Versailler Friedens und des Londoner Ultimatums zu fortgesetzten „Wiedergutmachungszahlungen", die er auf Tod oder Leben erfüllen muß.

Wir haben in der vorigen Nummer der „KAZ." aufgezeigt, wie sich durch den Aufkauf der in Deutschland befindlichen Produktionsmittel und Waren durch das Auslandskapital jene große Verschiebung in der ökonomischen Basis Deutschlands vollzieht und wie sich in Rückwirkung der Oekonomik auf die Politik auch der Charakter und die Rolle des deutschen bürgerlichen Staates umkehren muß aus einem national selbständigen bürgerlichen Staat in einen internationalisierten bürgerlichen Staat.

Die deutsche schwerindustrielle Bourgeoisie unter Führung des Herrn Stinnes, des Mannes mit dem großen Portemonnaie und dem ebenso großen Profitinstinkt, hat diese ihre Situation genau durchschaut und erkannt, daß weder mit Radau noch mit Gewalt diese Entwicklung rückgängig gemacht werden kann. In kluger Ueberlegung ihrer kapitalistischen Interessen verzichtet sie daher bereits freimütig auf ihre politische Mündigkeit und vergießt keine Tränen darüber, daß die nationale Selbständigkeit des deutschen bürgerlichen Staates dabei kopfüber geht.

Aber Geschäft ist Geschäft, und sie hat sich ihr vieles Kapital im Kriege und später nicht deshalb zusammengeräubert, um es wie der Bauer auf dem Lande im Strumpfe oder hinter dem Ofen „arbeitslos" liegen zu lassen, sondern um damit aus der großen Konkursmasse Deutschlands alles auch nur einigermaßen Wertvolle aufzukaufen. Daher der Schrei des Herrn Stinnes nach der Privatisierung der Eisenbahnen!

Das deutsche Kleinbürgertum unter Führung der Gewerkschaften, das sich verpflichtet hat, dem ausländischen Kapital die Wiedergutmachungsleistungen zu zahlen, gerät bei diesem „Kampf" um die Eisenbahnen in einen natürlichen Gegensatz gegen die deutsche Schwerindustrie. Es braucht die deutschen Eisenbahnen und alles andere, was noch dem deutschen Staat gehört, um seine Wiedergutmachungsversprechungen zu erfüllen. Denn woher nehmen und nicht stehlen! Sie können wohl das Proletariat unter den unerhörtesten Arbeitsbedingungen zur höchsten Anspannung in der Produktionsleistung peitschen und damit einen Teil der Wiedergutmachungsversprechungen erfüllen, aber diese Zahlungen gehen dem ausländischen Kapital noch nicht schnell genug.

So erfolgt als Reaktion auf den Stinnesschen Schrei nach den Eisenbahnen der Schrei der Gewerkschaften nach

sen, sogenannten Sachwerten, d. h. den Produktionsmitteln. Sie lassen wieder einmal die „Sozialisierung" marschieren! Sie haben von der deutschen Reichsregierung ein gesetzgeberisches „Eingreifen" zur Erfassung der Sachwerte gefordert und außerdem noch eine Reihe anderer ähnlicher Forderungen aufgestellt:

1. Beteiligung des Reichs an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Erträgnisse der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belasten.
2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reichs.
3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten.
4. Schärfste Erfassung der Exportdevisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Valutagewinne.
7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.
8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 Prozent hinter ihrer Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentscheidung des Finanzamts den Rest mit 5 Prozent Zinsen abzuführen. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Prozent zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.
9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen und Effektengeschäfte erzielten Gewinne.
10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Nur schade, daß diese „Sozialisierung" keine Sozialisierung ist. Denn was ist Sozialisierung anderes als die Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums und seine Ueberführung in das Gemeineigentum des Proletariats als Klasse. Ausdrücklich ist jedoch in dem Begleitschreiben der Gewerkschaften zu diesen Forderungen, die vom „Vorwärts", der „Freiheit" und der „Roten Fahne" ohne jede Kritik abgedruckt wird, bemerkt, daß sie lediglich dem Zwecke „der Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen und zum Ausgleich des inneren Ausgleichs des Haushaltes des Reiches" aufgestellt sind, und, wie die „Rote Fahne" tagtäglich betont, auch durchgesetzt werden müssen.

Also nicht Sozialisierung ist es, sondern die offene Verschacherung und Auslieferung der deutschen Produktionsmittel an die ausländische Bourgeoisie und außerdem der Wille, die Finanzen des deutschen Staates wieder in Ordnung zu bringen, dieses deutschen Staates, der seine ureigenste Aufgabe darin sieht, widerspenstige Proletarier um die bekannte Ecke zu bringen und die Arbeitslosen verhungern oder, wenn sie sich das holen, was allein das Proletariat produziert hat, abzufangen.

Alles in allem also ist der „heroische Kampf" der Gewerkschaften um die Eisenbahnen nichts anderes als der neueste klassische Betrug des deutschen Proletariats, ausgeklügelt zu dem einzigen Zwecke, die unvermeidliche Rebellion der deutschen Arbeitermassen beizeiten umzubiegen in den Zwang, die Wiedergutmachungsversprechungen der Gewerkschaften restlos zu erfüllen, also dem ausländischen Kapital sich mit Haut und Haaren zu verkaufen und einem Staate wieder auf die Beine zu verhelfen, der schon längst verdient hat, sich das Genick zu brechen.

Inzwischen hat die berüchtigte Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Verhandlungen zwischen Stinnes und den Gewerkschaften übernommen, weil Herr Stinnes das verlangt hat und weil die Gewerkschaften gewohnt sind, zu kuschen, wenn Herr Stinnes etwas verlangt. Daß die Verhandlungen der Zentralarbeitsgemeinschaft nur eine Komödie sind, und daß dort in Wirklichkeit das Ding schon längst gedeichselt ist, geht aus einer entscheidenden Resolution derselben Zentralarbeitsgemeinschaft hervor, die sich mit den Reparationspflichten beschäftigt und die diese am 13. Oktober einstimmig angenommen hat. Dort wird wörtlich erklärt, daß „die Grundlagen der Wirtschaft unangetastet bleiben müssen, und zwar in erster Linie die menschliche Arbeitskraft, nicht minder aber das volkswirtschaftliche Kapital, an dem allein sich diese Arbeitskraft betätigen" könne. **Die Erfassung der Sachwerte durch die Gewerkschaften endet in einer Erfassung der Gewerkschaften durch die Sachwerte, d. h. Herrn Stinnes!**

Es ist allerhöchste Zeit, daß die deutsche Arbeiterklasse von der Erkenntnis der Notwendigkeit der Zertrümmerung der Gewerkschaften und des bürgerlichen Staates durchdrungen wird. Beide sind schon lange reif zum Untergang! **Die deutsche Arbeiterklasse soll die Gewerkschaften getrost nach den Sachwerten schreien lassen, selbst aber als Klasse durch die Tat der proletarischen Revolution die Sachwerte in eigene Regie übernehmen!**

Politische Rundschau

Durch Demokratie zum Kommunismus

Die neue Linie der KPD.

Dieser Tage findet eine Zentralausschußsitzung der KPD. statt, die den geistigen und politischen Bankerott dieser Partei endgültig besiegeln soll. Die dort zu beschließende Linie wird durch ein Schreiben Radeks, dieses Anreißers der Dritten Internationale, der, um einmal einen seiner eigenen Vergleiche anzuwenden, zuerst immer einen Witz hat und dann für ihn einen Gedanken sucht, an den Zentralausschuß näher aufgezeigt. Danach hat sich diese Partei, die sich noch Kommunistische nennt, zu einer Partei der politischen Mimikry herabzudegradieren, zu einer Partei ohne eigenes Programm, die für die Revolutionierung der „Herren Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbeamten" zu sorgen hat, die auf ihre Fahne geschrieben hat die „Eroberung der Mehrheit im Reichstag, um die Bildung der Arbeiterregierung auf demokratischem Wege" zu erzielen.

Diese Orientierung ist eigentlich nicht neu. Mit Fug und Recht kann Radek im Abschnitt 3 seines Briefes sagen: „Der hier entwickelte Plan der Kampagne, die die Kommunistische Partei Deutschlands zu führen haben wird, bildet die Konkretisierung der Taktik des „Offenen Briefes" in der gegebenen Lage, bildet die Durchführung der Losung des Dritten Weltkongresses: „Heran an die Massen"." Sie ist die Verfolgung einer klaren Linie, die anfing mit dem Hineingehen ins Parlament und der Revolutionierung der Gewerkschaften, die mit sich brachte die Taktik des Offenen Briefes, d. h. des Massenbetruges, und die Forderung der proletarischen Kontrolle der Produktion, die sich jetzt etabliert als Forderung des Staatskapitalismus, der sozialistischen Regierung, der Einheitsfront des Proletariats, der Erfassung der Goldwerte, der Kontrolle der Produktion durch den bürgerlichen Staat und in Verfolg dessen die Liquidierung der Zellentaktik, und die endet mit dem Versuch der internationalen Liquidation des Kommunismus, mit der Liquidierung der Kommunistischen Parteien als selbständige Organisationen sowohl, als auch der gesamten Dritten Internationale, mit der Wiederherstellung der „einigen, völkerbefreienden Sozialdemokratie."

Als das Mitglied des Reichstages Höllein am 8. November d. Js. in der Reichsquasselbude die Stellungnahme der Partei der Lächerlichkeit zur Steuerfrage erläuterte, fielen die Mitglieder dieser Partei, die den Schulbrief Radeks noch nicht kannten, vor Schreck auf den Rücken. Auch uns schien Höllein mit seiner Seiltänzerei die Höhe erklommen zu haben. Er forderte den Staatskapitalismus vom Reichstag: „Diese Kämpfe (um die Goldwerterfassung) verändern, wenn sie zum Siege führen, den Charakter des Staates selbst, und schaffen so die Grundlage für einen **Staatskapitalismus, der im Interesse der sozialen Revolution gelegen ist!**" Wie dieser Staatskapitalismus aussehen soll, erläuterte er auch näher. Er wandte sich gegen die Versuche der Schwerindustrie, die Eisenbahnen zu stinnesieren, und fuhr dann fort: „Sie (die Schwerindustrie) will die **letzten Reste vom Staatskapitalismus in Deutschland** ausrotten, um einer Erfassung ihres Besitzes vorzubeugen." Der jetzige Zustand in Deutschland ist also der Staatskapitalismus, den Herr Höllein will! Nach der Art des Hexeneinmaleins verwandelt sich das kapitalistische Deutsche Reich unter Leitung der kommunistischen Hexenmeister durch die Erfassung der Goldwerte „**von einem Schuldnerstaat in einen Gläubigerstaat, der reichlich Kredite zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft und zur Sanierung seiner Finanzen erhalten wird, dadurch wird er seine Währung stabilisieren und der Teuerung ein Ziel setzen. Aus eigenem Interesse heraus wird der besitzende Staat sein organisches Kapital, die Menschen, schützen und pflegen, keinen Raubbau mit ihm treiben, ihm nicht teilnahmslos gegenüberstehen wie der heutige kapitalistische Schuldnerstaat.**" Der kapitalistische Schuldnerstaat durch die Goldwerterfassung in einen kapitalistischen Gläubigerstaat verwandelt, eins, zwei, drei, Not und Sorge ist vorbei. Die Kapitalisten sind aus Wölfen zu Lämmern geworden. Der Raubbau mit der Arbeitskraft des Proletariats hört auf, keine Steuerflucht der Kapitalisten mehr, alles bringt freudig seinen Besitz auf den Altar des Vaterlandes, Friede und Harmonie ist hergestellt. Es gibt keine Parteien mehr, nur noch Deutsche. Wozu noch Kampf der Proletarier um die Eroberung der Macht? Blödsinn! Hölleinsches Patent vermeidet Revolutionen, Rezept der KPD. kuriert die Arbeiter vom Klassenkampfgedanken!

Der Radeksche Brief an den Zentralausschuß war der Schlüssel zur Hölleinschen Rede. R. bezeichnet als **wichtigste Aufgabe der Kommunistischen Partei einen klaren Plan aufzustellen, wie die 100 bis 200 Milliarden zusammengerafft werden können**, die in den nächsten Monaten als **neue Steuern** aufzutreiben sind. Er gibt zu, daß die Forderung der Erfassung der Goldwerte zweifelsohne keine Expropiation der Bourgeoisie durch die Arbeiterschaft, sondern Staatskapitalismus bedeutet. Der einzige Weg zum Ziele sei aber, daß „der (kapitalistische) Staat die große syndizierte Industrie, die Banken und den Großgrundbesitz unter seine Kontrolle nimmt und zum Miteigentümer an ihnen wird." An einer Stelle schreibt er:

„**Diese Kämpfe erfordern eben eine klare und sichere Stellungnahme für die Erfassung der Goldwerte und für die Arbeiterregierung**, die allein imstande wäre, sie durchzuführen. Indem wir den Sozialdemokraten, den Unabhängigen und den Gewerkschaftsführern sagen werden: Nun, Ihr wollt keine Revolution und keine Diktatur des Proletariats, **Ihr seid für die Demokratie, die nach Eurer Ueberzeugung der Arbeiterklasse genug Mittel gibt zur Verteidigung ihrer Interessen, macht Ernst aus Euren Worten. Dieser Reichstag wird die größten Lasten der Arbeiterklasse aufbürden. Fordert seine Auflösung und kämpft für sie. Das Volk soll entscheiden, wer die Lasten tragen soll.** Wir, die wir überzeugt sind, daß nur die Diktatur des Proletariats den Weg in eine bessere Zukunft bahnen wird, **wir sind bereit, Euch in diesem Kampfe bis aufs äußerste zu unterstützen.**"

Also Auflösung des Reichstages, das ist die Rettung, die neue Parole der KPD. Und an einer anderen Stelle sagt er:

„**Die Herren Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbeamten lehnen die Diktatur des Proletariats ab. Wir können von ihnen das, was sie ablehnen, nicht fordern. Nun, dann sollen sie den Weg beschreiten, den sie für den einzigen Weg halten, den demokratischen Weg des Kampfes um ihr eigenes Programm, um die Eroberung der Mehrheit im Reichstag, um die Bildung der Arbeiterregierung auf dem demokratischen Wege.** Wir sind überzeugt, daß auf diesem Wege der Sozialismus nicht erobert werden kann. **Aber es ist keinesfalls ausgeschlossen, daß auf diesem Wege ein Schritt vorwärts gemacht wird. Es wäre schon ein großer Schritt vorwärts, wenn es gelingen würde**, die Arbeiter zusammenzufassen zum Kampfe um ihre nächsten Interessen und **wenn es gelingen würde**, diese nächsten Interessen durchzufechten gegen die bürgerliche Welt, **indem der Staat zum Mitbesitzer der Industrie und zu ihrem Kontrolleur** gemacht würde. **Wenn die Mehrheits- und Unabhängigen Sozialdemokraten, wenn die Gewerkschaftsführer diesen Weg beschreiten wollen, so können sie sicher sein, daß wir sie dabei aufs energischste unterstützen werden.**"

Die neuen Parolen der KPD. sind also:

„Erfassung der Goldwerte, Kontrolle der Produktion durch den bürgerlichen Staat, Auflösung des Reichstages, Revolutionierung der „Herren Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbeamten", äußerste, energische Unterstützung dieser „Herren" bei dem Bemühen, den Kampf auf demokratischem Wege auszufechten und die Mehrheit im Reichstage zu erobern, um die Bildung der Arbeiterregierung auf demokratischem Wege zu ermöglichen! Durch Demokratie zum Kommunismus. Wenn Radek so zwischendurch von seiner Ueberzeugung spricht, daß nur die Diktatur des Proletariats den Weg in eine bessere Zukunft bahnen wird, so ist das eitel Spiegelfechterei und Heuchelei. Man muß den Kurs noch verbrämen mit revolutionären Phrasen, um die Arbeitermassen nicht zu sehr vor den Kopf zu stoßen. Früher war das A und O der kommunistischen Propaganda, daß Kommunismus nur möglich sei durch Errichtung der Diktatur des Proletariats, daß Demokratie im bürgerlichen Staat gleichbedeutend sei mit kapitalistischer Diktatur, und daß bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur unvereinbare Gegensätze seien. Doch was heißt Programm für die KP. Jetzt ist es eben möglich, da Moskau es behauptet, daß proletarische Diktatur durch bürgerliche Demokratie errungen werden kann. Wozu wären denn die Theoretiker da, wenn sie nicht die Richtigkeit jeder gewünschten Praxis marxistisch beweisen könnten! Als Brandler bei seiner Verurteilung davon sprach, daß die proletarische Diktatur bei Bestehen der Reichsverfassung möglich sei und die Eigentumsverhältnisse nicht antaste, glaubte man es mit der entgleisten Auffassung eines einzelnen zu tun haben. Ehrenbrandler ist jetzt aber nicht nur rehabiliert, sondern übertroffen! Er ist w i r k l i c h der würdigste Vorsitzende der Dritten Internationale. Ehrenbrandler, Höllein, der Fabrikant des kapitalistischen Gläubigerstaates und Retter des Vaterlandes, Radek, der Inspirator der demokratischen Idee, stehen da Arm in Arm und fordern die Jahrhunderte in die Schranken.

Die neue Linie beginnt sich auch bereits in der Praxis auszuwirken. Als wichtigste Aufgabe bezeichnete Radek das Suchen nach neuen Steuerquellen. Dementsprechend sieht auch das Steuerprogramm der KPD. aus. Wir werden es und den wirtschaftlichen Herold der Dritten Internationale, der jetzt unter dem neuen Pseudonym Pawlowski schreibt, vielleicht ein anderes Mal unter die kritische Lupe nehmen. Heute interessiert uns nur ein Punkt daraus: Die Erfassung der Goldwerte und die Stinnesierung der Eisenbahn. Die Gewerkschaften befaßten sich mit der Finanzlage des Reiches und der Staatsbetriebe und gelangten wieder einmal zur Aufstellung von zehn Punkten: „Es gilt vor allem, die Leistungsfähigkeit der Privatwirtschaft im notwendigen Maße anzuspannen," heißt es in der Einleitung. Zu diesem Zwecke verlangen sie die Beteiligung des Reiches an allen Aktiengesellschaften mit 25 Prozent des Aktienkapitals, Sozialisierung des Kohlenbergbaues (wahrscheinlich nach dem Muster der seeligen Sozialisierungskommission), Neuordnung der Verkehrsunternehmungen (Entbureaukratisierung und Wirtschaftlichmachung unter Ablehnung der Entstaatlichung?), Beschränkung der Einfuhr und als letztes Radikalmittel: sofortige Einziehung der Steuern und monatliche Abführung der Umsatzsteuer! Als wenn die Form der Einziehung auf die Höhe der Steuersumme irgendwelchen Einfluß hätte. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", das Stinnesorgan, ist gar nicht allzu erbost über diese Forderungen. Sie fragt: Warum die Aufregung. Auch wir verlangen nur, daß die Verkehrsbetriebe wirtschaftlich arbeiten und entbureaukratisiert werden. Das wird aber niemals eintreten, so lange dieselben in Staatsregie sind. Setzen wir uns also an den Verhandlungstisch und einigen uns. Daraus macht natürlich die „Rote Fahne" wieder: „Aus dem stolzen Ultimatum ist nun eine ganz kleinlaute Bitte an die Gewerkschaftsführer geworden." O, du armer Schreibertropf! Triumphierend ruft die „Rote Fahne" aus: „Die Vorschläge der Gewerkschaften treffen den kapitalistischen Staat in seinen Wurzeln. Die Gewerkschaften haben gesprochen. Die Arbeiterschaft ist aufgerufen. Die Kommunistische Partei ist bereit, ihre ganze Kraft für die Erkämpfung dieser Forderung einzusetzen." Mittlerweile finden aber schon Verhandlungen der Industriellen und Gewerkschaften in der Zentralarbeitsgemeinschaft statt und kümmert sich der stinkende Inhalt der Gedärme des deutschen Proletariats, die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften, nicht um das Wehegeschrei dieses Kirschkerns im Wurmfortsatz, der stets Angst hat, den Anschluß zu verpassen.

Die blutige Lüge

Von unserer Braunschweiger Ortsgruppe erhalten wir folgenden Bericht:

Proletarier auf der Anklagebank! Proletarier, deren Züge den Stempel schweren Leidens tragen. Nicht a l l e Idealisten, gewiß nicht! Aber alle Opfer des kapitalistischen Systems, alle Opfer der großen, der blutigen Lüge, auf der sich das ganze Leben der Menschheit heute aufbaut.

Und doch! von dem düsteren Hintergrund von Verkommenheit und Elend heben sich leuchtende Beispiele einer höheren Ethik ab, einer Ethik, die noch im Werden ist, die aber sieghaft sich Bahn bricht. Zeichen des nahenden — Morgen! Junge Genossen, die, von frühester Kindheit gehetzt durch dunkelste, jammervollste Schicksale, mit trotzigem Mut das rote Wahrzeichen der Rebellion ergriffen, die es wagten, mit ihrem Leben für ihre unterdrückte Klasse einzutreten.

Natürlich haben sie sich im Sinne der bürgerlichen Moral strafbar gemacht, wiederholt sogar.

Aber laßt sie vor das revolutionäre Proletariat treten! Wie wird dort das Urteil ausfallen?

Posträuber!

Den Revolutionsspießer überlaufen Schauer des Entsetzens. Manchem biedern Parteigenossen sträuben sich die Haare. Man hat ja viel geredet! Warum nicht? Bei einem Glase Bier — — —

Aber hier ist die Tat!

Expropriation der Expropriateure!

„Wir haben dem Proletariat zeigen wollen, wie es zur Selbsthilfe greifen muß. — — Weil ich das Elend nicht mehr mitansehen konnte — für die Gejagten und Gehetzten, für alle die tapfern Genossen, die in den Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten, für die Witwen und Waisen der Gefallenen — — wir können nicht zusehen, wie die Witwen und Waisen der Gemordeten verhungern" — — —

Stolz und mutig klingen diese Worte einem satten, selbstgefälligen Geschworenengericht entgegen, daß sie verurteilen wird. Verständnislosigkeit und Gehässigkeit glotzt ihnen entgegen. Nur hinten im Zuhörerraum, wo Klassengenossen zugegen sind, finden ihre Worte teilnehmendes Verständnis.

Diese Angeklagten bitten nicht, sie betteln nicht.

„Ich habe die Tat getan, verurteilen Sie mich dafür!" So der Angeklagte Franz Junge.

„Ich stehe vor Ihnen nicht als ein winselnder Köter, der um Gnade bettelt! Ich stehe als Mann zu meinen Taten!" Klar und scharf klingen diese Worte des Angeklagten Ludwig Rusch durch den Saal.

Die Einzelheiten dieser Taten, die die Angeklagten in Vorwohle und Braunschweig ausgeführt haben, sowie den Verlauf der Verhandlungen ausführlich zu schildern, soll jetzt nicht unsere Aufgabe sein. Für uns kommt vor allem in Frage, wie wir die Handlungen dieser Angeklagten sowie den Urteilsspruch der Gerichte vom proletarischen Standpunkt aus zu bewerten haben. Nur soviel wollen wir erwähnen, daß der Angeklagte Otto Meyer wegen Bandendiebstählen insgesamt zu 7 Jahren Zuchthaus, Junge wegen Beschlagnahme der Kasse eines Fabrikbureaus für die Rote Armee zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland zu 5 Jahren Zuchthaus, Junge und Rusch am 10. November wegen Teilnahme am Postraub zu Vorwohle zu 2 Jahren Gefängnis und am 12. November zu 6 Jahren Zuchthaus wegen des Postraubes am Hagenring in Braunschweig verurteilt sind. Gegen Franz Junge und 52 Genossen beginnt am 17. d. Mts. in Leipzig vor dem Reichsgericht ein Hochverratsprozeß. — — —

Welche Stellung nimmt nun die KAP. gegenüber diesen Klassengenossen ein?

Der Verteidiger derselben, Genosse Hegewisch (Celle) hat sie treffend dahingehend charakterisiert:

„Die Kommunistische Partei und die Kommunistische Arbeiterpartei sind legale Parteien, die sich mit solchen Aktionen nicht belasten können. Diese Genossen sind zwar in den betreffenden Parteien organisiert gewesen, aber sie haben den Rahmen derselben gesprengt, da sie ihnen nicht aktiv genug sind. Heute stehen sie deshalb z. T. diesen Parteien sogar feindlich gegenüber. Trotzdem stellt ihnen aus proletarischer Solidarität die Partei den Verteidiger, um diese Genossen in ihrer Not nicht zu verlassen."

Solchermaßen ist die Stellung der Partei.

Sie verfolgt selbst eine andere Taktik.

Doch versuchen wir es, die Taktik zu verstehen, die diese proletarischen Genossen einschlagen.

Ihre Wege sind ungesetzlich.

Aber was ist denn nun gesetzlich?

Es ist gesetzlich, sich auf Kosten anderer zu „bereichern, Reichtümer aus den arbeitenden Massen herauszuschinden, kurz: zu rauben und zu plündern, nur — muß man der dazu berechtigten Klasse angehören.

Es ist gesetzlich, zu spekulieren.

Es ist gesetzlich, zu schlemmen und zu prassen und dabei seine Arbeiter und Angestellten um den vollen Wert ihrer Arbeitskraft zu betrügen.

Es ist gesetzlich, Tausende und aber Tausende unglücklicher Volksgenossen buchstäblich verhungern zu lassen.

Es ist gesetzlich, luxuriöse Kleidung zu tragen und bei Wein und Sekt die Zeit zu vergeuden, während die Kinder des Proletariats in dünnen Röckchen, oft barfuß bei schneidender Kälte, nach einem Stückchen trockenen Brotes jammern.

Es ist durchaus gesetzlich, zu faulenzen und dennoch tausendmal mehr zu „verdienen", als die Masse fleißiger Arbeitsbienen.

Und es ist gesetzlich, in nimmersatter Profitgier blutige Kriege heraufzubeschwören und als Hyänen des Schlachtfeldes „die Konjunktur auszunützen".

Es ist gesetzlich, den Invaliden, den Witwen und Waisen den „Dank des Vaterlandes" dergestalt abzutragen, daß sie in ihrer großen Not betteln gehen.

Es ist gesetzlich, zu wuchern und zu schieben, wenn man nur versteht, dies mit Eleganz zu tun.

Doch wenn Proletarier zur Notwehr greifen, das ist ungesetzlich.

Ungesetzlich ist es, die ungezählten Verbrechen der Kapitalistenklasse aufzudecken, ungesetzlich, mit den Proleten Junge und Rusch zu sprechen: „Wir können es mit Stolz sagen: kein internationaler Bruder ist durch unsere Hand gefallen!" — —

Dann kommen alle die Satten, die Heuchler, die Frommen und Gerechten. Dann schreien sie: „Das Verbrechen nimmt überhand!"

Dann kommt die Kirche, die den Mantel der Liebe über das tausendfache Unrecht, über Gewalt, Roheit und Habsucht als teilhabende Nutznießerin des Kapitalismus breitet. Dann kommen auch die „freidenkenden" Pharisäer und Moralisten, dann stellen sich alle die ehrbaren Spießbürger ein und zeigen mit Fingern auf die Söhne und Töchter des Proletariats.

Eine feierliche Komödie beginnt. Man sitzt zu Gericht. Im Namen des Rechts!"

So sieht das „Recht" der bürgerlichen Klasse aus! Rauben ist keine Schande, nur — suche dir vorerst passende Eltern mit einem passenden Geldsack! — —

Ja, Proletarier, das ist die große Lüge!
Das ganze heutige Leben ist eine Lüge!
Und diese Lüge erhält sich durch Blut und Eisen!
Wir alle kennen sie.
Wir alle hassen sie.
Wir alle bekämpfen sie.

Gewiß, es gibt eine andere Taktik des Kampfes gegen das bestehende System.

Ob es aber gerade für solche Menschen, wie diese Angeklagten, die arbeitslos und flüchtig, ohne alle Mittel, stets Verderben und Tod vor Augen — eine andere Taktik gibt?

Ich glaube, darauf hat ein ehrlicher, revolutionärer Proletarier nur eine Antwort!

Aus dieser Erkenntnis heraus hat die Kommunistische Arbeiterjugend Braunschweigs den beiden jungen Genossen Rusch und Junge gelobt, ihnen auf jede mögliche Weise ihre Solidarität zu beweisen, und die hiesige KAP. wird gegenüber den andern revolutionären Genossen, die darunter sind, gewiß nicht anders handeln.

In Tausenden von Proletarierherzen aber werden folgende Worte des Genossen Otto Meyer, die er beim Verlassen des Saales den zurückbleibenden Freunden zurief, stürmischen Widerhall finden:

„Auf den Barrikaden sehen wir uns wieder, Genossen!"

„An den Konsum, den teuren, schließ dich an"

Im Reichstag sind augenblicklich Verhandlungen zur Aufrechterhaltung des Hungers und zur öffentlichen Verhöhnung der Hungernden in Gang. Der Minister für Ernährung H e r m e s, und der Reichswirtschaftsminister „G e n o s s e" S c h m i d t, haben lange Reden gehalten, denen noch längere Debatten folgten. Inhalt: Die Produktion sinkt immer mehr, das Ausland liefert weniger, die Preise steigen turmhoch, und es wird noch immer schlechter werden m ü s s e n. Da holte der Schmidt aus der reformsozialistischen Kiste eine vermottete Strohpuppe und hielt sie dem „hohen Hause" hin. Dieser Vogelscheuche, die die dichten Krähenzüge von den Hungerleichenfeldern fernhalten soll, hauchte er seinen ministeriellen Odem ein und dann plapperte sie:

„Die Verbraucher haben einen starken Schutz gegen übermäßige Preise in der Organisation der Konsumgenossenschaften. Ich habe die Beobachtung gemacht, daß der freie Handel nicht viel über die Preise der Konsumvereine hinausgeht und vielfach sogar auf gleicher Höhe damit steht, wie überhaupt der Handel in dieser Frage nicht der Hauptschuldige ist.

Beim Erzeuger hat vielfach eine ungesunde Tendenz der [illegible] Ausnutzung der Konjunktur zu übermäßigen Preissteigerungen geführt, die außerordentlich zu bedauern sind. Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche und politische Lage ist es auch außerordentlich bedauerlich, daß der Zentralverband des deutschen Großhandels sich bemüht, auf eine Aufhebung der Wuchergerichtsverordnung hinzuwirken. Ein ehrbarer Kaufmann braucht sich vor dem Wuchergericht doch nicht zu fürchten, wohl aber müssen solche Bestrebungen des Zentralverbandes das Mißtrauen in Verbraucherkreisen stark steigern.

Gegenüber dieser Tatsache gibt es keine Verschleierung. **Ein zweckmäßiges Mittel, auf die Preisgestaltung günstig einzuwirken, sind nach meiner Ueberzeugung die Genossenschaften, denen die Verbraucher sich mehr als bisher anschließen sollten.** An die Landwirtschaft aber, die versprochen hat, die Versorgung der Bevölkerung sicher zu stellen, richte ich die dringende Bitte, an die Erfüllung dieser Aufgabe mit dem notwendigen Ernst heranzutreten."

Das ist so dumm, daß gar nicht heranzukommen ist an den Unsinn, um ihn zu entlarven. Der Wirtschaftsminister „Genosse" Schmidt hat weniger Ahnung von wirtschaftlichen Zusammenhängen als irgendein beliebiger Heringsbändiger oder Straßenhändler. Die wissen jedenfalls das, was „diese führende Persönlichkeit des deutschen Wirtschaftslebens" nicht weiß, nämlich wie die Preise sich bilden. Daß „die Preise des freien Handels nicht viel über die Preise der Konsumvereine hinausgehen und vielfach sogar auf gleicher Höhe damit stehen", ist der einzig richtige Satz, bei dem aber der Ton auf die Preise des freien Handels gelegt wird, der von den Produzenten und dem Großhandel nicht ein bißchen mehr abhängt als die Konsumgenossenschaften. Daß diese den Marktpreisen sofort folgen, dafür ein kleines Beispiel aus den letzten Tagen. Die Margarinepreise stiegen sprunghaft, bis auf 40 Mark. Die Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften Groß-Berlins gingen mit dieser Preisentwicklung mit und verlangten am selben Tage, als der neue Preis herauskam, auch 40 Mark, bis die Angestellten den Arbeiterfrauen selbst erklärten, daß die Margarine noch zu alten Preisen eingekauft sei, worauf sie für 25 Mark abgegeben werden mußte. Es ist also richtig, daß „die Preise vielfach auf gleicher Höhe stehen", Herr Schmidt.

Es ist interessant, was gerade jetzt in Rußland ein w i r k l i c h e r Wirtschafter, K a m e n j e w, über die Genossenschaften sagt, die in dem System des russischen Staatskapitalismus eine ganz andere Bedeutung haben als die deutschen, und die die Russen durchaus nicht „revolutionieren" zu können wähnen, wie etwa die deutsche Sektion der Dritten Internationale. Kamenjew sagte:

„Die Genossenschaften werden nicht imstande sein, zur Regulierung der Preise und des Geldverkehrs beizutragen, da sie zu drei Vierteln bureaukratische Institutionen sind und es nicht vermögen, die Preise auf einem gewissen Niveau zu halten. **Diese Regulierung ist nur durch die Anwendung wirtschaftlicher Methoden zu erreichen.**"

Das ist das Urteil eines Kenners. Die „wirtschaftlichen Methoden" aber, die „angewendet" werden müssen in Deutschland sind: Eroberung der unbeschränkten Macht in Wirtschaft und Gesellschaft durch das Proletariat, durch unerbittlichen revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus und alle pseudokapitalistischen Organisationen der Arbeiter. Dann werden die nach ganz anderen Grundsätzen, als Räteorganisationen aufzubauenden Genossenschaften vielleicht einmal Bedeutung erlangen als Verteilungsorganisation in der proletarischen Bedarfswirtschaft.

Die „Klassenkampforganisationen" des Proletariats

Die Streikbewegung in der Berliner Metallindustrie. Infolge der kommunistischen Agitation für eine Wirtschaftsbeihilfe sind in zahlreichen Großbetrieben der Berliner Metallindustrie ernste Konflikte entstanden. Die Bewegung nahm ihren Ausgang von der Nationalen Automobilgesellschaft in Oberschöneweide, wo die Arbeiter und Angestellten wegen Ablehnung ihrer tarifwidrigen Forderung auf Wirtschaftsbeihilfe das Mittel der passiven Resistenz anwandten, wodurch die Firma zur Schließung des Betriebes gezwungen wurde. Während bei der AEG. in Oberschöneweide die Arbeiter und Angestellten infolge der Vermittlung ihrer Gewerkschaften zu der Erkenntnis gebracht wurden, daß ihre Forderung während der Dauer des abgeschlossenen Tarifvertrages undurchführbar sei, ist es bei der NAG. bisher noch nicht gelungen, die Arbeiterschaft und einen Teil der Angestellten zur Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit zu bewegen. Dagegen hat die kommunistische Propaganda dazu geführt, daß auch in einer Anzahl anderer Großfirmen ähnliche Forderungen erhoben worden; so z. B. in der Knorrbremse, in den Benzwerken, im Siemenskonzern u. a. **Der Deutsche Metallarbeiterverband lehnt jede Beteiligung an der Bewegung ab, die lediglich von kommunistischer Seite geschürt wird.**

Nach den satten Gewerkschaftsbonzen ist jeder, der vor Hunger nicht mehr arbeiten kann, ein kommunistischer Hetzer. Wann wird das Proletariat endlich einmal seinen Feind erkennen?

Der Kampf der Arbeitslosen geht weiter

Während die bürgerliche und sogenannte „Arbeiterpresse" mit freudigem Herzen feststellt, daß die Zahl der Erwerbslosen täglich sinkt, während sie dem ihre Zustimmung gibt, daß nur noch 13wöchige Unterstützungen bezahlt, die Arbeitslosen die „noch" vorhanden sind, Berufsumschulungen durchmachen müssen, das Arbeitslosenversicherungsgesetz jetzt schon durch die Gewerkschaften durchgeführt wird, geht der Kampf der (statistisch nur noch in Zahl von 74 000 vorhandenen!) Erwerbslosen weiter. Von der gesegneten Hochkonjunktur merken die Arbeitslosen nur eins und das ist, während dieser Zeit sollen uns Hunger und Not für die vollständige Versklavung reifen machen. Die Zuchthausgesetze sollen uns politisch und wirtschaftlich dem Kapital an den Wagen spannen! Wer nicht gar zu blöde ist, der hat noch nicht vergessen, was das Ziel des Kampfes der Arbeitslosen ist. Es ist ein Kämpfen gegen politische Maßregelungen, gegen das Arbeitslosen-Versicherungsgesetz, für eine volle Existenz der Arbeitslosen und der Arbeitenden und einer Entschuldungssumme von 1000 Mark an jeden Arbeitslosen sofort auszahlbar. Die Arbeitslosen wissen, daß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ihnen im höchsten Falle ein Brocken zugeworfen wird, der nicht zur Lausesalbe, geschweige zum Leben reicht. Es ist deshalb für sie von vornherein klar gewesen, daß sie den Kampf, den sie führen, nicht der Forderungen, sondern um die Erweiterung zum Kampf um die Macht in der Gesellschaft begannen. Ihr erstes Rufen galt daher den Arbeitern in den Betrieben. Von ihnen verlangten die Erwerbslosen Solidarität. Was taten die Arbeiter? Sie ließen es zu, daß ihre Betriebsräte uns beschimpften und herauswarfen. Ganz gleich, zu wem wir kamen. Die Streikleitung im Gastwirtsgewerbe, die Betriebsräte der städtischen Arbeiter usw., alle fühlten sich so erhaben, daß sie der Arbeitslosen nicht gedachten, ihre Vertreter höhnend wegwiesen. Und doch steht der Arbeitende in derselben Lage wie wir und muß deshalb bald ebenso kämpfen wie wir. Wenn er heute noch glaubt, mit den Gewerkschaften gegen uns zu kämpfen, so wird er morgen schon einsehen müssen, daß er mit uns gegen sie als stärkste Stütze des bürgerlichen Staates und gegen denselben für sein Leben kämpfen muß. Doch heute ist dem noch nicht so. Die Arbeitenden in den Betrieben haben leider ihr seelisches Gleichgewicht noch nicht gefunden. Die Arbeitslosen haben es endlich bekommen.

Um den Kapitalismus zu retten, faselten schon seit Wochen die Herren von der „höheren Einsicht" im „Vorwärts", in der „Freiheit" und der „Roten Fahne" von der „Erfassung der Sachwerte". Die Arbeitslosen, die vom Magistrat durch das Angebot von 50 M. Entschuldungssumme pro „notleidende" Person verhöhnt wurden, glaubten nun, da sie nicht wußten, wie sie den blinden Herrschaften anders ihre Lage und ihren Willen zeigen können, die Parole der Stampfer, Hilferding, Thalheimer Tat werden zu lassen. **Sie erfaßten die „Sachwerte".** Da aber der Staat, die Kommune usw. noch Schulden bei ihnen haben, handelten sie wie jeder andere Gläubiger. Sie erfassen nur soviel „Sachwerte", als zur Tilgung der Schulden, die man an ihren Magen hat, notwendig sind. Von Neukölln, dort hatten die Arbeitslosen größeren Hunger, ging die Selbstauszahlung von Unterstützung durch „Erfassung von Sachwerten" aus. Schnell und sicher sprang die Flamme über auf die übrigen Berliner Gebiete. Der Berliner Norden, Weißensee, Pankow, kurzum überall, wo Arbeitslose sind, springt der vernichtende Funke auf. **Wer fragt nach Eigentumsvergehen, wenn der Magen essen will. Die Arbeitslosen pfeifen auf alle Gesetze, die ihnen der Staat vorlegt. Ihr Gesetz ist Leben für die gesamte Arbeiterklasse und Tod dem Kapital, das uns dem Tode weiht.**

Wohl wird keine Revolution siegreich durchgeführt durch diese Art des Kampfes, aber es ist Vorpostengefecht. Auch 1844 gingen die hungernden schlesischen Weber in eine solche Art Vorpostenkämpfe, und 1848 begann mit dem Ausräumen der Mehllager und Bäckerläden durch die hungrigen Berliner. Mit vollem Recht tun die Arbeitslosen das, was man ihnen, ob unter priesterlichem Weinen oder prokapitalistischem Schimpfen, in den sogen. Arbeiterblättern so verübelt. Die „Rote Nase", Entschuldigung „Fahne", tropft in Wehmut. Kommt her, ihr „mühseligen und beladenen Armen", laßt das „Plündern", bildet lieber mit uns die Einheitsfront. Die „Freiheit", besser „Frechheit", schimpft wie'n preußischer Zarbeleutnant; so sagte ein Arbeitsloser. „Straßenmob, Pöbel, jeder anständige Arbeiter muß abrücken", so schimpft die Jule aus der Breiten Straße. Die Arbeitslosen warnen sie, noch ein solcher Artikel, und es wird ihnen in ihren Redaktionsstuben vor Hitze die Tinte [illegible].

Unbeirrt durch alles dieses, gehen die Arbeitslosen ihren Weg. Dem Kapital zurufend: Restlose Erfüllung unserer Forderungen, oder wir beschlagnahmen eure „Sachwerte", nicht als Staatskapitalisten, sondern als eure Gläubiger. Den Arbeitern aber rufen wir zu: **Erwacht endlich! Uebt Solidarität! Kämpft unter der Führung von Aktionsausschüssen, wie wir!**

Die Lage der Union

II.

Die wirtschaftliche und politische Gesamtsituation ist nach zwei Richtungen hin zu untersuchen. Das eine Mal handelt es sich ganz einfach um die klare Herausarbeitung der gegenwärtigen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und sodann um die Haltung des Proletariats gegenüber dem Kapitalismus und dem bürgerlichen Klassenstaat, mit einem Wort also um die objektiven und subjektiven Bedingungen der proletarischen Revolution. Sowohl in der Zeitung wie im „Proletarier" ist darüber so eingehend gesprochen worden, daß wir uns im Rahmen dieser Artikelreihe hier im großen und ganzen auf einige Stichworte beschränken können. Wir wiederholen also auch hier wieder: der Kapitalismus befindet sich n i c h t auf dem Wege der Gesundung. Die Wirtschaftskrise wächst sich jetzt erst zu einer Weltkrise im wahren Sinne des Wortes aus. Von Valutaspekulationen und sonstigen Börsenmanövern kann die Kapitalistenklasse auf die Dauer nicht existieren. Die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft ist die Warenproduktion. Der Zwang zur Produktion bedeutet aber gleichzeitig die Notwendigkeit, Märkte zu erobern, auf denen die produzierten Waren Absatz finden. An diesem Problem aber, Produktion und Absatz in Einklang zu bringen, scheitert das kapitalistische System in der heutigen Situation. Die täglich noch wachsende Verelendung der breiten Massen läßt das eingetretene Mißverhältnis von Produktion und Absatz immer deutlicher in Erscheinung treten. Deutschland bildet ja gerade in diesem Punkte ein grauenhaft anschauliches Bild. Trotz der augenblicklichen industriellen Hochkonjunktur schwindet die Kaufkraft der werktätigen Massen mehr und mehr zusammen. Hinter der steigenden Papierflut verblaßt allmählich dem Proletarier die Summe der nötigsten Bedarfsgüter wie eine Fata morgana. Bei einer phantastischen Bereicherung einzelner Großkapitalisten und ihrer nächsten Trabanten erleben wir eine noch nicht dagewesene Verarmung und Verelendung der Proletarier und der mehr und mehr proletarisierten kleinbürgerlichen Mittelschichten. Diese Tendenzen, die in der Konzentration und Akkumulation des Kapitals begründet sind, besagen, daß die Grundlagen des Kapitalismus als System morsch geworden sind. Sie besagen ferner, daß die inneren Grundsätze des kapitalistischen Systems mit Vehemenz auf den Punkt zutreiben, wo der Zusammensturz unaufhaltsam wird. Der Zusammenbruch ist in Wirklichkeit längst da. Er tritt aber nicht offen in Erscheinung, weil die Kapitalistenklasse außer der wirtschaftlichen Macht, die sie als Besitzerin der Produktionsmittel ausübt, auch noch über den politischen Machtapparat verfügt, mit dem sie es fertig bringt, den wahren Stand der Dinge zu verschleiern, oder aber, wo dies nicht mehr gelingt, mit brutalen Gewaltmitteln jede Revolte gegen den kapitalistischen Wahnsinn niederzuschlagen. Je sichtbarer sich der wirtschaftliche Zusammenbruch des Kapitalismus offenbart, um so besser versteht es die Bourgeoisie, ihren politischen Machtapparat auszubauen, ohne Rücksicht darauf, daß sie an die Wurzeln ihres eigenen Klassenstaates die Axt anlegt, indem sie eine politische Funktion nach der anderen ihrem bisherigen Staate abnimmt und sie in e i g e n e r Regie ausübt unmittelbar im Zusammenhang mit dem Produktionsprozeß.

Die politische Machtstellung des Kapitals ist demnach heute eine größere als je zuvor. Eine nicht unwesentliche Rolle spielt dabei sicherlich auch die Entwicklung Rußlands aus einem Sowjetstaat zu einem bürgerlichen Staat. Von dieser Seite steht für das internationale Kapital nichts mehr zu befürchten. Der Weltbourgeoisie ist aus einem Todfeind plötzlich ein Bundesgenosse erstanden. Das internationale Proletariat aber hat einen

Bundesgenossen verloren. Die proletarische Revolution hat ihr ursprünglich stärkstes Kraftzentrum eingebüßt. Alle diese Dinge haben natürlich ihre Spuren eingegraben im Bewußtsein der deutschen Arbeiterklasse. Die politische Machtbefestigung der deutschen Bourgeoisie, der ungebrochene Imperialismus der Entente und Amerikas, der sich jetzt in Washington ziemlich geräuschvoll als Weltbeherrscher präsentiert, die Schwäche der proletarischen Revolution in den übrigen westeuropäischen Ländern und das Schicksal Rußlands und der Dritten Internationale haben genügt, um die deutsche Arbeiterklasse wieder dem Reformismus in die Arme zu treiben. Charakteristisch dafür ist die Haltung der drei sozialistischen Parteien. Die Mehrheitssozialisten haben ihr Görlitz erlebt und haben in Konsequenz ihres letzten Parteitages die große Koalition in Preußen mit der Stinnes-Partei zur Tat werden lassen. Die Unabhängigen unterscheiden sich unangenehm von der SPD. nur dadurch, daß sie die von ihnen im stillen grundsätzlich gebilligte SPD.-Politik offen noch nicht ganz mitzumachen wagen. Mit Stinnes gehen sie noch nicht zusammen in eine Regierung, sie unterstützen sie nur durch „loyale Opposition". Und von der KPD. noch viel Worte machen, würde bedeuten, diese Partei der politischen Harlekinaden ernst nehmen. Sie ist eine sozialdemokratische Partei, nur treibt der „Vorwärts" bessere und klügere sozialistische Tagespolitik als die „Rote Fahne". Bei diesem allgemeinen Wettlauf um den Reformismus müßte es nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn nicht noch in der Union (genau so übrigens wie in der Partei) sich bestimmte Reflexerscheinungen bemerkbar machten. Die Befürchtung, von den großen Massen isoliert zu werden, ist psychologisch durchaus verständlich. In dem Zustand des Isoliertseins (vom Reformismus notabene!) tauchen nun allerhand Zweifel und Bedenken auf. Die bisherige Taktik und die programmatische Grundlage, die über jeden Zweifel erhaben war, wird so plötzlich zu einem Problem. Inwieweit hierbei die Partei versagt hat, ist eine Frage für sich. Jedenfalls ist es bitter notwendig, alle möglichen Teilprobleme der Taktik wieder einmal gründlich zu beleuchten. Dazu gehört in erster Reihe die Frage der Lohnkämpfe, der Aktionsausschüsse, das Problem einer künftigen Internationale der Union usw. Ueber alle diese Dinge muß in der jetzigen Phase der Revolution Klarheit geschaffen werden.

Wirtschaftliche Rundschau

Das Gesicht der herrschenden Klasse

I.

Zur Internationalisierung des kapitalistischen Deutschland.

Folgendes Beispiel bietet eine deutliche Illustration zu dem Leitartikel in der letzten Nummer der „KAZ.", in dem erwähnt wurde, wie die ausländische Bourgeoisie die deutschen Industrieunternehmungen aufkauft und das deutsche Proletariat zum Lohnsklaven der ganzen Welt preßt: Der „Berliner Börsenkurier" berichtet unter dem Titel: Ueberfremdung der deutschen Schuhindustrie durch Amerika: „Amerikanischen Zeitungen zufolge beabsichtigen eine Anzahl amerikanischer Gerbereien, in Deutschland geeignete Gerbereibetriebe und Schuhfabriken aufzukaufen. Der Deutsche Handelsdienst meldet, daß man dann diese Betriebe mit amerikanischem Rohleder versehen, die Anfertigung der Fertigware in Deutschland vornehmen lassen will, um auf diese Weise durch Produzierung in einem valutaschwachen Lande hohe Gewinne zu erzielen. Die fertigen Schuhe sollen alsdann wieder nach Amerika zurückexportiert werden und dort zum Verkauf gelangen."

Das letztere ist selbstverständlich, denn die große Masse der Bevölkerung in Deutschland kann sich nicht einmal Stiefel aus billigem deutschem Leder kaufen, geschweige denn aus Importleder aus hochvalutigen Ländern. Wenn aber, trotz doppelter Frachtspesen — als Rohleder nach Deutschland, als Fertigware zurück nach Amerika — die Stiefel in Amerika noch billiger abzusetzen sind, als wäre das Leder gleich drüben verarbeitet worden, so zeigt das bis auf den Pfennig genau, auf welch tiefes Lebensniveau sich der deutsche Proletarier herunterdrücken läßt!

II.

Die Kreditaktion der deutschen Industrie.

„... Nichts konnte die Situation so frevelhaft verschärfen, wie die jüngsten Entschließungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie ... Manche Männer haben eine Art, ihre eigenen geschäftlichen Wünsche und Interessen wie selbstverständlich als Angelegenheiten des Gemeinwohls hinzustellen, daß die Naivität dieses Egoismus gelegentlich wirklich staunenswert wird; es ist die Umkehr aller Begriffe, sie identifizieren nicht sich mit dem Staat, sondern den Staat mit sich ..."

(Bis auf diesen Satz, der seinerseits die Begriffe verkehrt, denn natürlich mit vollem Recht identifiziert die Schwerindustrie den Staat mit sich, sie besitzt ihn ja, ist so ziemlich alles sehr richtig gesehen; ebenso das folgende, das wir gleichfalls der „Frankfurter Ztg." vom 17. 11. entnehmen:)

„Der Verdacht drängt sich auf, daß manche besonders Geschäftstüchtige glauben könnten, hier eine glänzende Gelegenheit erspäht zu haben, um in der allgemeinen Zerrüttung das Wertvollste aus der Kreditmasse billig an sich zu bringen." Uns hingegen drängt sich bei diesen Worten der Verdacht auf, daß das sonst selbst recht geschäftstüchtige Handelskapital fürchtet, von dem noch geschäftstüchtigeren Industriekapital bei einer glänzenden Gelegenheit übers Ohr gehauen zu werden.

Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung

spricht aber aus der Betrachtung, die eins der führenden Blätter der Schwerindustrie, die „Essener Bergwerkszeitung", gelegentlich der „Hilfsaktion" der Industrie anstellt. Unter dem Titel „Zeitwende" heißt es da:

„Der sozialistische Gedanke hat sich in allen möglichen Formen in den letzten Jahrzehnten auswirken können, und zwar mit zunehmender Stärke. In der Zwangswirtschaft der Kriegsjahre und der Nachkriegszeit hat er offenbar den Höhepunkt erreicht. Die Forderungen des Erfurter Programms sind erfüllt, soweit sie überhaupt realisierbar waren und nicht lediglich Agitationszwecken dienten. Noch feiert man unentwegt den Sozialismus, aber es geht ein Sehnen durch das Volk, das gerade die Besten in allen Schichten stark empfinden: nach Befreiung von der allzu großen öffentlichen Bevormundung, nach größerem Spielraum für die freie Betätigung des tüchtigen einzelnen. Der einzelne wird heute mit Gewalt auf das Niveau der Masse herabgedrückt. Gleichmacherei ist die Parole! Darunter leidet die Leistung, und es ist auch kein Wunder, daß starke Führerpersönlichkeiten sich in dieser Stickluft nicht entwickeln können. Ungerechte und überspannte Steuern ertöten einen gesunden Erwerbs- und Spartrieb. Die Reaktion auf alles dies kann nicht ausbleiben. Nur Rückkehr zum Individualismus, Loslösung aus sozialistischen Zwangsvorstellungen kann Hilfe bringen. Als symptomatisch für diese Lage kann die Forderung der Industrie nach Entstaatlichung der Eisenbahnen betrachtet werden. Sie begegnet deshalb solcher Entrüstung in den Kreisen der Anhänger des Alten, weil diese die Zeichen der Zeit nicht verstehen und wähnen, das sozialistische Zeitalter werde erst noch beginnen, während es in Wirklichkeit bereits vorüber ist."

Nun, wenn das, was wir in den letzten Jahren erlebten, Sozialismus war, noch dazu auf seinem Höhepunkt, dann ist wirklich nicht zu begreifen, warum die Herren der Schwerindustrie so sehr gegen ihn eingenommen sind — ihnen ist es doch geradezu glänzend dabei gegangen (wir erinnern nur an den „blendend schönen" Phönix-Abschluß, den diese selbe Zeitung kürzlich feierte). Dieses Wehklagen scheint also nur ein schlechter Scherz zu sein; wie eine Satire wirkt die Behauptung, daß das sozialistische Zeitalter bereits vorüber ist; Ironie oder vielmehr krasser Hohn liegt u. a. in den Worten von den ungerechten Steuern, die einen gesunden Erwerbstrieb ertöten, die tiefere Bedeutung aber vor allem in der Tatsache, daß diese Herrschaften offenbar gar nicht ahnen, welch weltenferne Kluft sie vom Leben und Denken des Proletariats trennt!

Keine Ironie, sondern bewußter Schwindel

aber ist, wenn die „Rote Fahne" in Uebereinstimmung mit der ganzen Linkspartei kategorisch die „Erfassung der Sachwerte" fordert. Sogar die „Voss. Ztg." hat diese Methode ganz richtig erkannt, wenn sie schreibt, die KPD. beabsichtige offenbar, durch neutrale Forderungen größere Arbeitermassen hinter sich zu bringen. Und wenn man weiter liest, was der deutsche Reichskanzler bei feierlichem Empfang der Vertreter Sowjetrußlands gesagt hat, nämlich, daß er die Förderung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland als eine seiner ersten Aufgaben betrachte, so gibt es weder innen- noch außenpolitisch einen Grund für die KPD., nicht ihre volle Sympathie dem Ministerium Wirth und dem schwarz-rot-goldenen Deutschland auszusprechen. Ob sie in dieser Harmonie nun eigentlich rechts oder links von den Mehrheitssozialisten steht, muß noch erst ausgerechnet werden.

Der neue Kurs in Rußland

Die Sehnsucht nach dem Stinnestrust.

Die „Frankfurter Ztg." hat jetzt einen ständigen Vertreter in Sowjetrußland, der über Feiern bei der Einweihung von der deutschen Schwerindustrie gelieferten Lokomotiven und dem dabei stattfindenden Zutrinken seitens der Vertreter der deutschen und der russischen Regierung Ausführliches zu berichten weiß. Ueber die jetzige Phase der Wirtschaftspolitik erzählt der Journalist, dem offenbar manche Quellen zugänglich sind, folgendes:

„Das Prinzip der Privatwirtschaft ist eingedrungen. Es drängt nach allen Seiten zum Durchbruch. Man erhofft hier vieles von dem ebenfalls grundsätzlich geforderten und zugelassenen vertikalen Aufbau der Industrie in den sogenannten Trusts. Es handelt sich dabei um den Zusammenschluß von Fabriken, die in ihrer Produktion voneinander abhängen ... Das ferne Ideal soll auf diesen Umwegen erreicht werden. Aber wenn man sieht, mit welcher Energie Lenin gegen die pure Ideologie auftritt, dann muß man sich auch sagen, daß der Umweg kein Rückweg mehr sein kann."

Der Vertikaltrust der neuen privatkapitalistischen Unternehmungen Rußlands als die neue Hoffnung — das spricht Bände! Daß die neue Form der Trusts vor allem einmal eine Stärkung der Machtposition des Kapitalismus bedeutet, zeigt das Beispiel Deutschlands. Und mit der Bemerkung, daß der Kurs Lenins kein Zurück zum Kommunismus mehr finden wird, dürfte es auch seine Richtigkeit haben.

Es ist ein Beispiel von interessanter Gleichzeitigkeit, daß die monarchistische Kapitalistenregierung in Dänemark im selben Augenblick (wie die Kopenhagener Blätter melden) in einem Memorandum über die wirtschaftliche Krise Beschleunigung der bisher nur sehr wenig fortgeschrittenen Verkartellierung beziehungsweise Fusionierung innerhalb der dänischen Industrie vorschlagen.

Steigen der russischen Werte an der Londoner Börse.

London, 15. November. Der russische Vorschlag einer Anerkennung der zaristischen Vorkriegsschulden hat in den Finanzkreisen der City großen Eindruck gemacht. Der Markt der russischen Werte, der seit langer Zeit leblos auf seinem Tiefstand verharrte, hat sich gewaltig belebt. Und zwar haben sich nicht nur die Staatspapiere, deren Anerkennung die Sowjets aussprechen, bedeutend gehoben, die optimistische Tendenz hat sich auch auf andere Werte erstreckt. Diese Tatsache beweist, daß in den Londoner Finanz- und Industriekreisen die Meinung vorherrscht, wir näherten uns langsam aber sicher dem Ende der russischen Krise und der Vorschlag der Anerkennung der zaristischen Schuld stelle einen beträchtlichen Fortschritt in der gewünschten Richtung dar.

Aus der Internationale

Vor der Konferenz der linken Kommunisten Bulgariens

Aus der „Iskra" entnehmen wir:

In der ersten Nummer der „Iskra" vor einem Jahre schrieben wir: „Als geistiges Organ der linken Kommunisten innerhalb der Kommunistischen Partei Bulgariens (Tesniaki) stellt sich die „Iskra" die Aufgabe, den Kampf gegen opportunistische und reformistische Tendenzen innerhalb der Partei, insbesondere den Kampf gegen die „revolutionäre Ausnützung des Parlamentarismus" zu führen, die Partei aus dem gegenwärtigen Zustand der Apathie und hilflosen Unentschlossenheit herauszureißen und durch den Druck der revolutionären Stimmung der Arbeiter innerhalb der Partei auf die Führer den Weg zur energischen Massenaktion aufzuzeigen.

Der Kampf, der von der „Iskra" außerhalb der Partei geführt wurde, erfuhr seinen Widerhall aus den Reihen der in der Partei organisierten Arbeiter. Jedoch gelang es nicht, die Partei als solche aus ihrer Passivität zu zwingen. Im Gegenteil, die Kommunistische Partei Bulgariens bewies in einer Reihe von Fällen, z. B. 5. September, Internationaler Jugendtag, am 7. November, dem dritten Jahrestag der russischen proletarischen Revolution, 15. Januar, am zweiten Jahrestag der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, als sie, ehrfurchtsvoll die Befehle von oben her befolgend, „friedliche und legale Aktionen" durchzuführen versuchte, ihre ganze Unfähigkeit als revolutionäre Kampforganisation des bulgarischen Proletariats. Während dieses Jahres wurde die kommunistische Bewegung Bulgariens dank der Tätigkeit der offiziellen kommunistischen Partei noch mehr in den Sumpf gezogen. Unsere Bewegung ist einer tödlichen Unterdrückung und beschämenden Demütigung seitens der herrschenden Reaktion ausgesetzt. Die lodernden Flammen des (von der Reaktion am 24. Mai in Brand gesteckten — Die Red.) Volkshauses von Sofia beleuchteten grell die ganze Fäulnis der kleinbürgerlichen, spießerischen und kleinbäuerischen Partei der Tesniaki. Diese Partei, entsprechend ihrer Struktur, Organisation, Ideologie, Führung und ihrem Bestand, ist für die bulgarische Revolution verloren. Sie ist eine von den reaktionären Kräften, die sich dem Proletariat auf seinem Wege des kommunistischen Befreiungskampfes in den Weg stellen. Diese Erkenntnis ist schmerzlich für uns alle, die jahrelang in dieser Partei lebten, sich für sie aufopferten und für sie kämpften. Aber diese Erkenntnis wird immer mehr zum Besitz aller denkenden Arbeiter. In der Partei der Tesniaki brechen stürmische Revolutionen aus, in Pernik, Burgas, Varna, Sliven, Pasartschik usw. (die wichtigsten Industrie- und Hafenstädte Bulgariens. Die Red.), die demonstrativ den Zerstörungsprozeß charakterisieren, der innerhalb der Partei zu dem katastrophalen Ende des Generalstreiks der Transportarbeiter Anfang 1920 ansetzte. Die Parteibureaukratie nimmt, um ihre Herrschaft zu sichern, zur brutalen Verfolgung und Ausschluß kämpfender Arbeiter ihre Zuflucht, womit sich die Krisis in der Partei nur vertieft. Hunderte revolutionärer Arbeiter sind schon aus der Partei verbannt, „wegen Disziplinbruch ausgeschlossen", Tausende verlassen freiwillig die Partei, enttäuscht, verzweifelt über die Aktionslosigkeit und den Kleinmut, angeekelt von Karrierismus und Korruption, die sich in der Partei immer mehr breitmachen.

Diese objektive Entwicklung stellt uns linke Kommunisten vor neue Aufgaben. Wir können uns nicht mehr mit Kritik der Fehler der Kommunistischen Partei Bulgariens begnügen. Der Kampf in ihr muß bis zum letzten Ende geführt werden. Aber jene revolutionären Kommunisten, die außerhalb der Partei stehen, müssen sich in einer neuen, allgemeinen Organisation mit neuen, selbständigen und praktischen Aufgaben vereinen. Die Kommunistische Partei Bulgariens entbehrt jeder Initiative, ihr fehlt jeder Wille und Können zur Aktion, jeder Geist. Als politische Organisation des revolutionären Proletariats, wie sie sich selbst vor zwei Jahren auf ihrem Kongreß zu empfehlen beliebte, hat sie durch nichts ihre Existenzberechtigung bewiesen. Sie ist durch die Geschichte selbst zur Zersetzung verurteilt.

Und solange dieser unvermeidliche Prozeß andauert, muß eine neue Organisation des revolutionären Proletariats geschaffen werden, die alle nur wirklichen kommunistischen Kämpfer in sich vereinigen soll. Dies wird die bulgarische Kommunistische Arbeiterpartei sein, die sich zur alleinigen Aufgabe stellen wird, die proletarische Avantgarde der proletarischen Revolution auf dem Balkan zu sein, das Selbstbewußtsein der schaffenden Massen zu fördern und sie zum aufopfernden Kampfe zu führen, zur Eroberung der politischen Gewalt durch das Proletariat. Die Grundlage dieser Reorganisation soll auf unserer nächsten Konferenz geschaffen werden. Sie muß geschaffen werden in neuer Form und neuem System, in einem neuen Geist und mit neuen Kampfmethoden. Wir müssen alle Vorbeugungsmaßnahmen treffen, um in ihr jede Möglichkeit eines Parteibureaukratismus und Karrierismus im Keime zu ersticken. Nur der Wille der Mehrheit der Mitglieder wird die Diktatur ausüben. Sie muß lebendig sein, aktiv, elastisch, tätig im Kontakt mit der breiten Masse, jederzeit bereit zur Offensive, in ihr wird die revolutionäre proletarische Disziplin herrschen. Andererseits dürfen wir intellektuellem Personenkult keinen Platz lassen. In ihren Aktionen wird die Partei sich nicht vom gebräuchlichen Leichtsinn und Unüberlegtheit leiten lassen. Sie muß vor allem in die Massen hinein, muß ihr Vertrauen und Einfluß auf sie als Vortrupp des Proletariats gewinnen. Sie muß organisiert in ihren Aktionen handeln und gerade auf ihr Ziel losgehen, die Massen in Bewegung zu bringen, sie in den proletarischen Kampf hineinziehen unter klaren, bestimmten revolutionären Parolen. Nur solch eine Organisation kann die Organisation des revolutionären Proletariats sein, die erfolgreich ihre Aufgaben erfüllen kann. Unsere Gründungskonferenz wird diese Organisation zu schaffen verstehen. Auf dieser Konferenz werden wir linken Kommunisten Bulgariens uns auf die einzige proletarische Grundlage, auf den marxistischen Kommunismus, stellen. Von der Wichtigkeit unserer Aufgabe überzeugt, treten wir mit dem größten Verantwortungsgefühl gegenüber dem bulgarischen Proletariat und der Revolution an unsere neuen Aufgaben heran.

Genossen!

Sammelt für den Pressefonds.

Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29.

Mitteilungen

Allgemeine Mitgliederversammlung am Sonntag, den 20. November, vormittags ½9 Uhr in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße. Da sehr wichtige Tagesordnung, ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

16. Bezirk. Am Mittwoch, den 23. November 1921, öffentliche Volksversammlung in Lichtenberg, Parkaue (Schulaula).

17. Bezirk. Am Mittwoch, den 23. November, abends 7 Uhr in Cöpenick, Kaiser-Wilhelm-Str. 25, Restaurant Kuphe (Jägerheim) Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Warnung.

Vor einem Karl Reichardt, der angeblich Tschechoslowake ist, russisch, englisch und deutsch spricht, wird hiermit gewarnt. Derselbe legt Heimatschein auf obigen Namen aus Deutsch-Mähren als Legitimation vor. Er geht darauf aus, die Gastfreundschaft der Genossen durch Bestehlen zu belohnen. Große kräftige Figur, hellblonden, nach hinten gescheiteltes Haar, breites, rotes, glattrasiertes Gesicht! Trug zur Zeit englische Tropenuniform. Wir ersuchen die Genossen im Reich, diesem Schwindler, wo er auftaucht, alle Ausweise abzunehmen. In seinen Händen ist ein Ausweis der Allg. Arb.-Union Thüringen, gez. Rewerk, und ein Ausweis der KPD., Ortsgruppe Gotha.

Verantwortlicher Redakteur: K. Stern, Berlin — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Koster, Berlin, Alexandrinenstraße 110.

Nr. 249 Preis 50 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6. Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

Postscheckk. für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 49029; für auswärts: Berlin NW 7 Nr. 106009. — Versand unter Streifband: für Berlin 5,50, nach auswärts 6,—, nach dem Ausland 9,— monatlich

Proletarier!

Seid ihr Tollköpfe? Soll das Spiel so weitergehen? Wollt ihr langsam verrecken wie die Hunde?

Proletarier! Seit Jahren schleppen wir uns mühsam von einem Tage zum anderen. Die bitterste Not ist unser Begleiter. Die schwerste Arbeit ist unser Los. Der frühzeitige Tod ist unsere Zukunft. Unser Leben ist die Hölle!

Wir wollen nicht mehr!

Grausam und gründlich lehrt uns die Bourgeoisie, was es heißt, Proletarier zu sein. Grausam und gründlich zwingt uns die Bourgeoisie zum Kampf, zum Widerstand, zum Angriff. Wir wollen ihr eine ebenso grausame und gründliche Antwort geben!

Unser Feind ist das Privateigentum!

Das Privateigentum ist die Macht der Bourgeoisie. Das Privateigentum ist die Ursache unserer Ausbeutung unseres Elends und unserer Unterdrückung. Das Privateigentum ist die Quelle all unserer Not!

Unser Klassenziel ist das proletarische Gemeineigentum!

Um dieses Ziel müssen wir den Kampf aufnehmen und auf Leben oder Tod zu Ende führen. Ums Ganze müssen wir kämpfen. Kein Schachern und Betteln um ein Stück Privateigentum! Kein Verhandeln mehr! Keine Worte mehr, sondern die befreiende Tat der proletarischen Revolution!

Es gibt keinen Ausweg als den Kampf um die Macht!

Was nützt uns dieser oder jener Kampf um winzige Lohnerhöhung, welche die Bourgeoisie jederzeit durch entsprechende Preissteigerung zu revidieren vermag. Alles Geschwätz in den Parlamenten und Arbeitsgemeinschaften ist Zeitverschwendung und Betrug. Es ist höchste, allerhöchste Zeit, daß das Wort zur Tat, die Theorie zur Gewalt werde!

Zerschlagt alles, was euch im Wege steht!

Jagt eure Parlamentsaffen aus dem Tempel der Bourgeoisie! Zerbrecht alle Bündnisse mit der Bourgeoisie! Zertrümmert die Gewerkschaften und den bürgerlichen Staat, die demokratische Zuchthausrepublik!

Durchbrecht das Gesetz des kapitalistischen Privateigentums!

Schließt euch in den Betrieben und Arbeitsnachweisen in revolutionären Aktionsausschüssen als proletarische Klasse zusammen! Schafft die Einheitsfront der proletarischen Klasse im Kampfe um die politische Macht! Errichtet den Rätestaat des revolutionären Proletariats. Handelt nach dem Gesetz des proletarischen Gemeineigentums! Es geht um Leben oder Tod. Das Ende des Privateigentums ist der Tod der Bourgeoisie! Der Tod der Bourgeoisie ist das Leben des Proletariats!

Auf zum letzten Gefecht! Kommunisten vor die Front!

Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Es lebe die Weltrevolution!

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands. Allgemeine Arbeiter-Union.

Kommun. Arbeiter-Jugend. Aktionsausschüsse der Erwerbslosen Groß-Berlins.

Hungerstreik in Tegel

Berlin, 22. November. Ueber hundert politische Gefangene, größtenteils aus Mitteldeutschland stammend, sind in der Strafanstalt Tegel infolge der unerträglichen Leiden ihrer langmonatigen Einkerkerung heute morgen geschlossen in den Hungerstreik getreten.

Hungerstreik auch in Naugard

Die Strafgefangenen der Strafanstalt Naugard sind aus Solidarität mit ihren Lichtenburger Genossen in den Hungerstreik getreten.

Hungerstreik in Wittenberg

Wittenberg, 21. November. Am Sonnabend vormittag sind die politischen Gefangenen der Strafanstalt Brückenkopfkaserne in Wittenberg in Hungerstreik getreten und verweigern jede Nahrungsaufnahme, bis sie ihre Freiheit wiedererlangt haben und damit die Möglichkeit, für ihre hungernden Familien zu sorgen. Ihre Parole ist Freiheit oder Tod. Sie fordern die Arbeiterschaft auf, sie in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Die deutsche Arbeiterschaft hat bis jetzt die einfachsten Grundbegriffe der Solidarität noch nicht begriffen. Während die Besten ihrer Vorkämpfer entschlossen sind, ihrem Leben ein Ende zu machen, um selbst dadurch noch gegen die demokratische Ordnung zu demonstrieren, treten die arbeitenden Proletarier nach Feierabend zusammen und wählen in aller Seelenruhe eine „Delegation", die zu den Henkern gehen soll, zu jenen Hörsing, Severing, Richter, Kuck und Lipinsky, zu jenem Radbruch, die sich brüsteten, in Mitteldeutschland Verbrecher unschädlich gemacht zu haben — im Interesse der Menschheit. Diese Schurken, die heute wieder im Namen der „Menschlichkeit" — man lese das Schreiben der famosen Gewerkschaftskommission — erklären, daß dies eine politische Angelegenheit ist, und somit Sache der politischen Parteien wäre.

Während die zur Verzweiflung getriebenen Genossen in den Zuchthäusern zusammensinken, wagt es die famose KPD. diese Genossen folgendermaßen zu verhöhnen:

„Angesichts der durch den Hungerstreik der Lichtenburger Genossen verursachten Erregung der Arbeiterschaft und dem Verlangen der Arbeiter nach einer gemeinsamen Front des Proletariats, hielt es die Kommunistische Partei für ihre Pflicht, dem solidarischen Protest gegen die Schandtaten der Klassenjustiz durch eine gemeinsame Kundgebung wirksamen Ausdruck zu verleihen. Sie wandte sich deshalb an die Berliner Organisation der USP. mit der Aufforderung, am Mittwoch oder Donnerstag einen halbstündigen Streik und eine gemeinsame Demonstration zu veranstalten."

Nachdem man schon mit den Deutschnationalen in der Kommission eine „Einheitsfront" gebildet hat zur Spaltung und Auseinanderreißung der Hungernden, nachdem man ihnen „Mut" zugeredet hat, ist ein solch schamloser Verrat nicht verwunderlich.

Den deutschen Proletariern jedoch sei gesagt: die erste proletarische Pflicht ist, die Arbeit niederzulegen. Mit Geschwätz und Resolutionen ist niemandem gedient, am wenigsten denen, die dem Tode nahe sind.

Das Bekenntnis zur Hilfe der Gefangenen in den Zuchthäusern kann nur einen Sinn haben, wenn der Wille des Gesamtproletariats lebendig wird, die Grundlagen des kapitalistischen Staates mit seiner Hure Justiz gewaltsam über den Haufen zu werfen, wenn der Ruf zur Tat wird:

Nieder mit der demokratischen Republik und ihren Henkern!

Es lebe die proletarische Diktatur!

Kredithilfe, Eisenbahnen und Stinnes

Damit man sich auskennt, muß man erst einmal wieder die verschiedenen Aktionen aufzählen, die nebeneinander herlaufen. Da ist also erstens das „Angebot" des Reichsverbandes der deutschen Industrie, den ausländischen Kredit der Industrie dem Reich zu Zwecken der Reparation zur Verfügung zu stellen. Der Beschluß dazu wurde in München gefaßt, zunächst ohne Bedingungen und ohne daß Zahlen genannt wurden. Unverbindlich wurde zuerst von 1,5—2 Milliarden, später nur noch von 1 Milliarde Goldmark gesprochen. (NB. Bis zum 15. April 1922 hat das Reich in Gold oder ausländischen guten Zahlungsmitteln und Wechseln 800 Millionen, also schon beinahe eine Milliarde Goldmark zu zahlen.)

Dann kam der zweite Akt: schriftlich und mündlich, unter Führung von Stinnes, stellte der Reichsverband seine Bedingungen: es müsse dafür gesorgt werden, daß man nicht in ein Sieb schöpfe; das könne nur dadurch geschehen, daß die Reichsbetriebe, die immer wieder Fehlbeträge verursachen, also vor allem Eisenbahn und Post, in Privathand übergingen.

Dann kamen die hübschen Pleitezahlen des Finanzministers Hermes und die Steuervorlagen, die natürlich bei aller Unverschämtheit diese Pleitezahlen nicht decken konnten. Die Reparationskommission setzte sich auf den Zug, fuhr von Paris nach Berlin, überzeugte sich, wie sie verlauten ließ, davon, daß die deutsche Regierung ihre Steuerpresse nicht sorgfältig genug arbeiten lasse, ließ angeblich durchblicken, daß natürlich der Reichsbesitz Pfand für die Entente sei und deshalb nicht an die Privatindustrie verschoben werden dürfe, und verschwand wieder, nachdem sie sich hatte versprechen lassen, daß die braven Buben der Wirthregierung ihre Steuer-Aufgabenhefte künftig etwas sorgfältiger führen würden.

Die verschiedenen höchsten und allerhöchsten Gewerkschaftsspitzen hatten den Eisenbahnappetit des Stinnes mit einem fürchterlichen Chorgeheul beantwortet und hatten damit die Nein-Arie des lyrischen Tenor Wirth unterstützt und fast übertönt. Auf diese hochdramatische Szene ist rasch das Geflüster des Beratungszimmers gefolgt: in der Reichsarbeitsgemeinschaft, dem obersten Geheimkabinett des deutschen Sklavenhandelshauses Ebert, Stinnes, Wirth u. Co. wird verhandelt über die Bedingungen, unter denen der gewerkschaftlich gebändigten Sklavenmasse und dem Kleinvieh — Pardon: dem Kleinbürgertum die Privatisierung der Eisenbahnen schmackhaft gemacht werden soll. Man ist schon so weit, daß bürgerliche Zeitungen von der Säuberung der Reichsbetriebe sprechen und von einem „Exekutiv-Komitee" der Industriellen, Bankiers und Gewerkschaftsbonzen. Wir wissen, was „Säuberung" heißt: Hungerpeitsche für die unbequemen Sklaven. Und das Wort „Exekutiv-Komitee" hat man offenbar mit bewußtem Hohn aus dem kommunistischen Sprachschatz entnommen.

Als die Reparationskommission nach Paris zurückfuhr, fuhr auch Herr Stinnes weg; aber nach London. Es hieß zuerst, sein Hunger nach den Eisenbahnen sei vorläufig zurückgestellt worden. Aber das stimmt nicht. Wirth hat am Dienstag eine Rede gehalten im Steuerausschuß des Reichstags, und er hat dort zwar nicht viel, aber wenigstens das eine Positive gesagt:

„Ich weiß, daß die Industrie ihre Bedingungen und Voraussetzungen auch heute nicht fallen gelassen hat; im Gegenteil, sie sind wiederholt worden."

Und singt er darauf etwa die alte Nein-Arie noch immer? Ach nein, er ist schon viel zahmer geworden. Jetzt heißt es:

„Es ist ganz klar, daß die Bedingungen, die die deutsche Industrie für die Kreditaktion aufgestellt hat, die Aufrollung des schwersten Problems bedeuten. Sie etwa hier abzutun mit der Bemerkung: das sind politische Unmöglichkeiten, darauf können wir nicht eingehen — damit sind diese Probleme nicht erledigt."

Gewiß, mit dem schämigen „Nicht doch!" des kleinen Mädchens sind die „Probleme" des drängenden Don Juan nicht erledigt — oder doch prinzipiell erledigt, nämlich so gut wie mit einem gehauchten „Ja!" Und Herr Stinnes versteht zu werben; er ist nicht für die platonische Liebe.

Im übrigen hat der Wirth nicht viel gesagt, konnte auch wohl nicht, denn die Rechnung wird diesmal ohne ihn gemacht, und er hat nicht viel zu sagen. Seine akademische Rede über den Kredit, den die Reichsregierung auf jeden Fall, ob mit oder ohne Hilfe der Industrie, aufnehmen wolle, und der weder kurzfristig sein